

Otto Lummitzsch

ZS-310/3-1

Fotok. am 1.6.56/2. Anm.

Bonn, den 14.5.1956

Mozartstraße 35

Telefon: 3 23 69

Büro: Hohenzollernstr. 10

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4367/10	Best. ZS 310 (II)
Rep.	Kat.

EUROPÄISCHE
PUBLIKATION E.V.

MÜNCHEN 27
Rauchstr. 16, Tel. 491623

Einschreiben

Herrn

Generalmajor a.D. Kurt Haseloff

A m b a c h / C b t .

Am Starnberger See

Lieber Haseloff !

In der Anlage übersende ich Ihnen, wie verabredet, die Denkschriften des Generals Thomas, die sich noch in meinem Besitz befinden:

1.) Nachkriegsdenkschriften

- a.) Die Schutzfrage der deutschen Wirtschaft
- b.) Die Opposition
- c.) Gedanken und Ereignisse

2.) Die einzige noch in meinem Besitz befindliche Kriegsdenk-
schrift:

Erfahrungen des Weltkrieges: Stand bis Anfang 1942.

Ich nehme an und hoffe, dass die letztere die Denkschrift ist, auf deren Kenntnis Sie so grossen Wert legten. Mit grösster Wahrscheinlichkeit ist sie der Anlass gewesen, dass Thomas seines Amtes enthoben und "zbV" gestellt wurde.

Wie ich Ihnen gestern bereits sagte, sind die Exemplare, die ich in der Anlage übersende, die letzten die noch in meinem Besitz sind. Ich wäre deshalb dankbar, wenn Sie diese nach Abschriftnahme wieder zurücksenden würden.

Meine Frau und ich haben uns sehr gefreut, Sie Beide nach so langer Zeit einmal wieder zu sehen. Ich hoffe, dass das nächste Treffen recht bald wieder stattfinden wird. Bis dahin verbleibe ich mit herzlichen Grüssen von Haus zu Haus
stets Ihr getreuer

Anlagen

Lummitzsch

ZS 310/3/2

General Thomas:

Um die Schuldfrage der deutschen Wirtschaft.

- 11. Juli 1946, 11 Bl.

(ZS 310, Bd. II, Bl. 2-12)

(Dubletten)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-31013-3

Prot. am 1. 6. 56/92

Quell 1.

Georg Thomas

**EUROPAISCHE
PUBLIKATION E.V.**
MÜNCHEN 27
Rauchstr. 16, Tel. 481620

Um die Schuldfrage der deutschen Wirtschaft.

Wenn man sich zur Schuldfrage der deutschen Wirtschaft und über ihre Mitverantwortung an diesem Kriege äussern will, gilt es zunächst klarzustellen, in welcher Beziehung überhaupt eine Schuldfrage der Wirtschaft vorliegen kann. Ohne den Untersuchungen und späteren Urteilen des alliierten Gerichtshofes vorgreifen zu wollen, glaube ich, dass folgende Fragen dazu geklärt werden müssen:

1. Haben die deutsche Wirtschaft, in Sonderheit die Grossindustrie und die Grossbanken, dem Hitler-System zur Macht verholfen ?
2. Hat die Wirtschaft das System finanziell und moralisch unterstützt ?
3. Hat die Grossindustrie den Krieg gewünscht und sich an seiner Vorbereitung beteiligt ?
4. Welche Rolle hat die Wirtschaft im Verlaufe des Krieges und in den Versuchen der Opposition, ihn zu beenden, gespielt ?

In diesen vier Fragen liegen meines Erachtens die ganzen Probleme, die zu untersuchen und zu klären sind. Ein Urteil darüber steht mir nicht zu. Ich glaube aber, zur Klärung dieser Fragen einen Beitrag geben zu können, weil ich durch meine langjährige Zusammenarbeit mit der Wirtschaft einen tiefen Einblick in die Vorgänge und Wege gewonnen habe, durch die Hitler, Göring und die Partei ihren Einfluss auf die Wirtschaft sichergestellt haben, und weil ich seit 1937 versucht habe, die Wirtschaft von den Deutschland drohenden Gefahren der Hitlerschen Politik und eines neuen Weltkrieges zu überzeugen. Ich bin weit davon entfernt, mit diesen Ausführungen als Ankläger gegen die Männer der deutschen Wirtschaft auftreten zu wollen. Es muss aber in dem über Deutschland hereingebrochenen, vorläufig noch unüberschaubaren Unglück Sache jedes anständigen Deutschen sein dazu beizutragen, dass die wirklichen Schuldigen aus der deutschen Wirtschaft ausgemerzt werden, damit die übrigen Kreise der Wirtschaft von ihrem Verdacht gereinigt werden und in der Lage sind, ihr Wissen und ihre Kraft für den Wiederaufbau unseres schwergeprüften Vaterlandes wieder unbehelligt einsetzen zu können.

Zur Untersuchung der ersten Frage müssen wir uns zunächst mit der Einstellung der deutschen Wirtschaft zu Politik und Landesverteidigung in der Nachkriegszeit zwischen 1920 und 1930 beschäftigen. Der Ausgang des 1. Weltkrieges hatte in der deutschen Wirtschaft mehr als in anderen Kreisen die klare Erkenntnis gebracht, dass Deutschland den Krieg verloren hatte, weil sein Wirtschaftspotential dem der damaligen Gegner nicht gewachsen war, und dass Deutschlands Zukunft nur gesichert sei, wenn es der deutschen Politik gelingt, mit den anglo-amerikanischen Westmächten eine endgültige Verständigung herbeizuführen. Der Wunsch, nie mehr

mit den anglo-amerikanischen Völkern die Waffen kreuzen zu müssen, war allgemein. Es war daher das Bestreben führender deutscher Wirtschaftler wie Rathenau, Stresemann, Luther, Melchior u.s.w., diesen Weg zu gehen, und es gehört zu einem der größten tragischen Momente der deutschen Geschichte, dass dieses Ziel zunächst durch die ablehnende Haltung der Alliierten, in Sonderheit Frankreichs, versperrt blieb und, als sich der Weg zwischen Briand und Stresemann zu öffnen begann, dieser wirkliche und weitsichtige Staatsmann dem deutschen Volke genommen wurde. Die deutsche Wirtschaft hat diese Auffassung bis zum Jahre 1932 strikt vertreten, und gerade die Großindustrie, der heute der Vorwurf der Förderung der Kriegsvorbereitungen besonders anhängt, hat die Notwendigkeit der Innehaltung der militärpolitischen Bestimmungen des Versailler Vertrages besonders betont. Ich selbst bin seinerzeit im Auftrage des damaligen Reichskriegsministers zweimal bei Geheimrat Duisberg, dem leitenden Manne der IG-Farben gewesen, um die IG an der Weiterentwicklung militärischer Treib- und Sprengmittel zu interessieren. Beide Male hat Geheimrat Duisberg unsere Anregung abgelehnt mit dem Hinweis, dass gerade die grossen Konzerne, die eine internationale Verbindung anstreben müssen, sich nicht dem Vorwurf des Vertragsbruches aussetzen können. Auch in den grossen Elektrizitätskonzernen herrschte eine gleiche Auffassung. Wenn sich damals einige Firmen bereit gefunden haben, gegen die defamierenden Bestimmungen des Versailler Vertrages kleine Einrichtungen zu schaffen für die Herstellung der dringlichsten Munition zur besseren Schiessausbildung der Reichswehr, so folgten sie nur einer dringenden Aufforderung des Reichswehrministeriums, das bei der politischen Situation gezwungen war, wenigstens die notwendigsten Verteidigungsmassnahmen zu treffen. Ich kann feststellen, dass ich - der ich seit 1923 mit der Wirtschaft zu tun habe - bis zum Regierungsantritt Hitlers im Jahre 1933 an keiner Stelle der Industrie und der Banken die Auffassung angetroffen habe, dass Deutschland zur Besserung seiner Lage noch mal einen Krieg mit den Westmächten führen könne, noch dazu einen, der von Deutschlands Regierung vom Zaune gebrochen wird. Die deutsche Wirtschaft ist in jenen Jahren alles andere als expansionistisch oder imperialistisch eingestellt gewesen, im Gegenteil, sie war mit Bezug auf einen neuen Krieg defaitistisch orientiert und sah ihren Weg in einem engen Anschluss an die Weltwirtschaft. Um so überraschender war der Erfolg, den Hitler bei seinem ersten Auftreten vor der Industrie des Rhein- und Ruhrgebietes in Düsseldorf im Januar 1932 erzielte, Es ist mir heute noch unverständlich, dass Männer von solchen wirtschaftlichen Qualitäten wie Kirdorf, Thyssen, Vögler usw., die die Welt und die Wirtschaft kannten, dem Abenteurer Hitler ins Garn gehen konnten. Diese Tatsache ist nur durch die damalige katastrophale Wirtschaftslage und durch das Versagen der Regierung zu erklären, der durch die anonyme Herrschaft der Parteibürokratie jede Grundlage wirklich zu regieren entzogen wurde. Ich bin überzeugt, dass es unter den Männern, die damals Hitler in den Sattel hoben und ihm finanzielle Stützung zusagten, verschiedene gegeben hat, die hofften, durch eine Hitler-Konjunktur - basierend auf einer beschränkten Aufrüstung - ihre ins Wanken geratenen Konzerne wieder in Ordnung zu bringen. Die Masse jener Männer

Institut

hat sich aber zweifellos dem Hitlerschen Abenteuer unterzogen, weil die täglich zunehmende Arbeitslosigkeit, die Unmöglichkeit, die Unkosten ihrer stillliegenden Betriebe weiter zu tragen, und die Unentschlossenheit der Regierung sie zu diesem letzten Versuch gedrängt haben. Heute steht fest, dass Hitler mit jenem Vortrage in Düsseldorf und seiner späteren Potsdamer Regierungserklärung den Grossbetrug des deutschen Volkes begonnen hat. Und wenn man von einer Mitverantwortung jener Wirtschaftsführer, die damals hinter Hitler traten, spricht, so muss man berücksichtigen, dass sie es noch in dem festen Glauben getan haben, damit Deutschland vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu retten und dem Volke wieder Arbeitsmöglichkeit und Brot zu verschaffen. Bei vielen Männern mag auch die bolschewistisch-kommunistische Gefahr dafür ausschlaggebend gewesen sein. Von dem Blickfeld des Auslandes mag diese Auffassung unverständlich sein, diejenigen aber, die die Krise an Ort und Stelle miterlebt, die leeren Fabriksäle und stillliegenden Zechen und Hütten gesehen und das Elend auf den Strassen von allen Kreisen der Bevölkerung mit durchlebt haben, werden immer geneigt sein, eine Erklärung für die Haltung jener Wirtschaftler zu finden. Die Täuschung, die Hitler dem deutschen Volke in den entscheidenden Monaten auferlegte, war vollkommen geglückt, und die wenigen, und die wenigen, die von Anfang an diesen Abenteurer durchschauten, galten als Pessimisten und als Volksfeinde. Wohl klang von seiten der Linksparteien oftmals der Warnruf "Hitler bedeutet Krieg", aber ich kann, trotzdem ich selbst diese Gefahr sah, nicht annehmen, dass jene Wirtschaftler hinter Hitler getreten sind, um mit ihm aussenpolitische und expansionistische Ziele zur Durchführung zu bringen. Zweifellos steht fest, dass die moralische und finanzielle Stütze, die die deutsche Wirtschaft, in Sonderheit jene bekannten Kreise der Grossindustrie und der Banken Hitler in den Jahren um 1932/33 geliehen haben, viel dazu beigetragen hat, dass Hitler den Weg der Machtergreifung gehen konnte. Ich glaube aber nicht, dass zu jener Zeit egoistische und expansionistische Gründe in den Köpfen jener Männer dafür massgebend waren, sondern allein die Hoffnung, durch Unterstützung des Führers der größten deutschen Partei dem deutschen Volke endlich wieder inneren Frieden, Arbeit und Brot zu bringen. Jene Männer haben sich zwar nicht als wahre Führer der Wirtschaft gezeigt, denn sie haben dem deutschen Volke und der Welt einen schlechten Dienst erwiesen. Eine moralische Schuld, wie sie die Anklage erhebt, kann man ihnen aber in diesem Zeitpunkt meines Erachtens nicht zumessen.

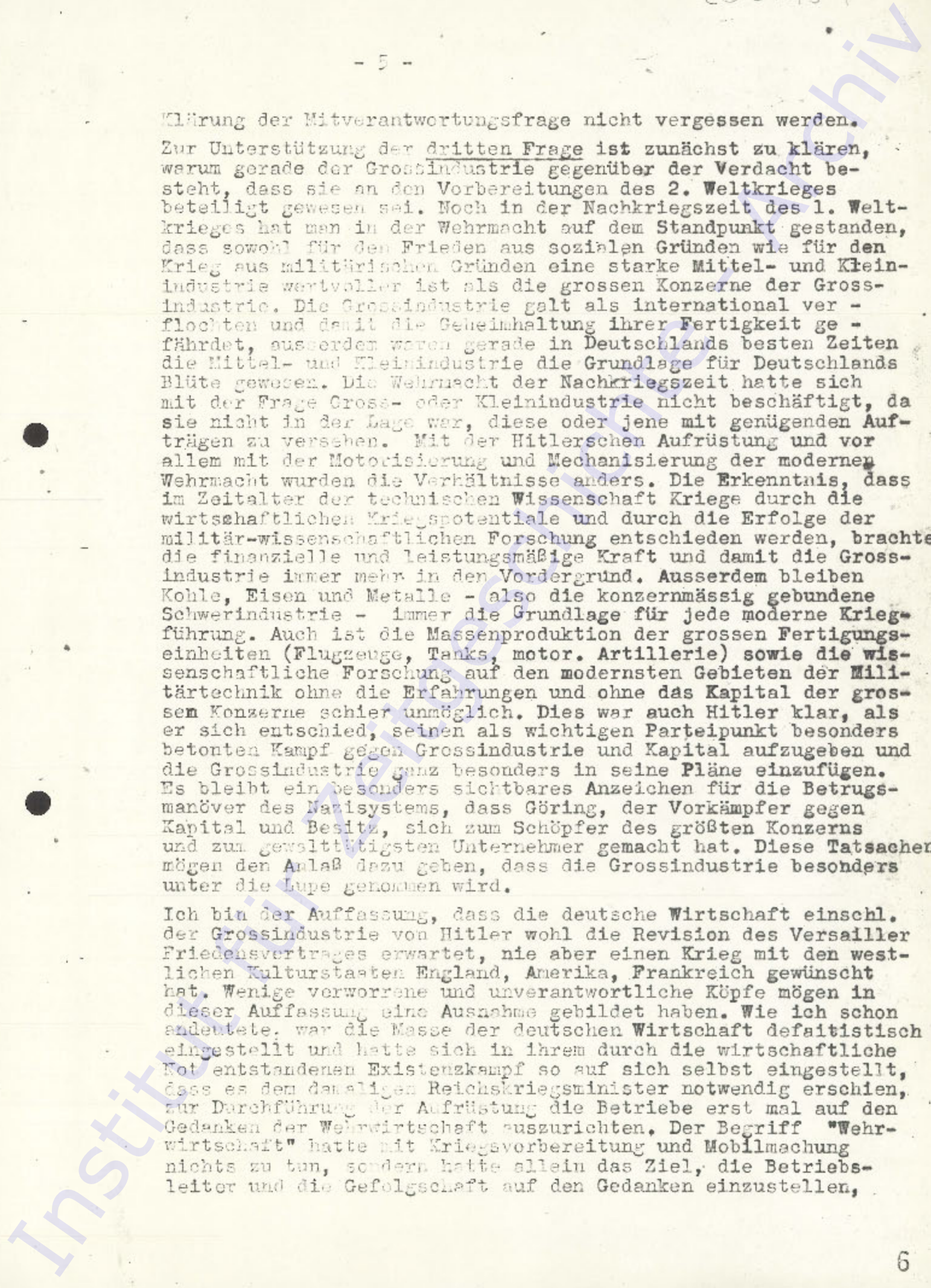
Ich komme damit zur zweiten Frage. Es ist meines Wissens zu allen Zeiten und wohl in allen Ländern üblich gewesen, dass die Wirtschaft bestimmte politische Parteien unterstützte und damit auf die Politik Einfluss nahm. Solange solche finanziellen Beeinflussungen im Rahmen des Üblichen bleiben, nur dem Parteienkampf dienen und nicht in das Gebiet der Korruption und der Unterstützung ungesetzlicher Handlungen übergehen, wird man gegen keine Stelle deswegen Vorwürfe erheben. Was sich aber in Deutschland während der Nazizeit abgespielt hat, bedarf doch schärfster Kritik, denn auf diesem Gebiet liegt meines Erachtens die grosse Mitverantwortung, die viele Kreise der

deutschen Wirtschaft an dem langen Verbleib dieser verbrecherischen Regierung tragen. Der Vorwurf trifft nicht nur Vertreter der Grossindustrie und der Grossbanken, sondern genau so Männer der Mittel- und Kleinbetriebe. Die Mittel und Wege, mit denen die Partei und ihre führenden Männer wie Hitler selbst, Göring, Ley und die zahlreichen Bonzen aller Grade diese finanzielle Unterstützung erpresst oder durch Betrug erzwungen haben, dürften in der deutschen Geschichte einmalig dastehen und nur mit den Korruptionen des Altertums und Mittelalters zu vergleichen sein. Gegen diese zwangsweisen Unterstützungsmanöver, beginnend mit der Adolf-Hitler-Spende und den Zwangsbeteiligungen an dem Hermann Göring-Konzern, bis zu den ständigen Abgaben an die Gauleiter, das Winterhilfswerk und sonstige Dauerinstitutionen war in diesem sauberen Staate Adolf Hitlers schwer eine Ablehnung möglich, wollte der Betreffende nicht wegen Sabotage der "sozialen Einrichtungen" des Staates in ein K.Z. wandern. Was aber uns Männern der Opposition immer unverständlich war, ist, dass jene Wirtschaftsführer, die auf diese betrügerische und unfaire Art seitens der Partei oder bestimmter Parteigrössen laufend ausgeplündert wurden, immer wieder bereit waren, diesen korrupten Parteiführern mit grossen Geldsummen und Geschenken zu dienen, wenn es galt, sich das Wohlwollen und die Freundschaft dieser Parteigewaltigen zu erhalten. Ich hoffe, dass die Sonne es noch mal an den Tag bringen wird, welche Werte auf diesem Wege in die Hände jener Männer gewandert sind, deren Parteiprogramm Bescheidenheit und Sauberkeit an oberster Stelle führte und in dem so betont der Gemeinnutz vor dem Eigennutz gestellt wurde. Diese Korruption hat auf die Haltung des deutschen Volkes die übelsten Folgen gehabt, und wenn im Kriege die Achtung vor dem Privatbesitz des Feindes nicht die notwendige Berücksichtigung gefunden hat, so liegt es zum grossen Teil daran, dass Sauberkeit und Anstand durch das Beispiel der korrupten Bonzenschicht in vielen Kreisen Deutschlands verloren gegangen war. Auch bleibt es unverständlich, dass - als sich die politischen Ziele und Anschauungen Hitlers klärten und SS und SD schon ihr grausames Spiel begannen - gerade diese Organisationen von der Wirtschaft unterstützt wurden und sich ein wirtschaftlicher Kreis fand, der in Himmler den wahren Vertreter des Nationalsozialismus und vernünftiger Anschauungen sah. Besonders tragisch ist es aber, dass selbst im Kriege, als einsichtsvolle Wirtschaftler den Krieg längst als verloren ansahen, andere Teile der Wirtschaft diese Unterstützung der Partei und ihrer Gliederungen fortsetzten und damit in den Köpfen dieser Verbrecher die Idee aufkommen liessen, dass die deutsche Wirtschaft hinter den Zielen und Handlungen Hitlers und seines Systems stand. Hierin liegt meines Erachtens die Hauptschuld, die gegen die Wirtschaft zu erheben ist, und es erscheint mir dringend notwendig, die zahlreichen anständigen Elemente der deutschen Wirtschaft von den verantwortungslosen und egoistischen Männern zu trennen, die glaubten, mit den Auffassungen und Männern des dritten Reiches ihr Glück machen zu können. Auch soll man nicht vergessen, dass in den Kriegsjahren die Partei schon eine grosse Zahl eigener Funktionäre in die Grossbetriebe und in die Grossbanken hineingesetzt hatte, sodass die betreffenden Geschäftsleitungen nicht mehr nach freien Entschlüssen handeln konnten, sondern durch den Einfluss der Partei zu ihren Handlungen gezwungen wurden. Diese Tatsache darf bei der

Klärung der Mitverantwortungsfrage nicht vergessen werden.

Zur Unterstützung der dritten Frage ist zunächst zu klären, warum gerade der Grossindustrie gegenüber der Verdacht besteht, dass sie an den Vorbereitungen des 2. Weltkrieges beteiligt gewesen sei. Noch in der Nachkriegszeit des 1. Weltkrieges hat man in der Wehrmacht auf dem Standpunkt gestanden, dass sowohl für den Frieden aus sozialen Gründen wie für den Krieg aus militärischen Gründen eine starke Mittel- und Kleinindustrie wertvoller ist als die grossen Konzerne der Grossindustrie. Die Grossindustrie galt als international verflochten und damit die Geheimhaltung ihrer Fertigkeit gefährdet, ausserdem waren gerade in Deutschlands besten Zeiten die Mittel- und Kleinindustrie die Grundlage für Deutschlands Blüte gewesen. Die Wehrmacht der Nachkriegszeit hatte sich mit der Frage Gross- oder Kleinindustrie nicht beschäftigt, da sie nicht in der Lage war, diese oder jene mit genügenden Aufträgen zu versehen. Mit der Hitlerschen Aufrüstung und vor allem mit der Motorisierung und Mechanisierung der modernen Wehrmacht wurden die Verhältnisse anders. Die Erkenntnis, dass im Zeitalter der technischen Wissenschaft Kriege durch die wirtschaftlichen Kriegspotentiale und durch die Erfolge der militär-wissenschaftlichen Forschung entschieden werden, brachte die finanzielle und leistungsmässige Kraft und damit die Grossindustrie immer mehr in den Vordergrund. Ausserdem bleiben Kohle, Eisen und Metalle - also die konzernmässig gebundene Schwerindustrie - immer die Grundlage für jede moderne Kriegführung. Auch ist die Massenproduktion der grossen Fertigungseinheiten (Flugzeuge, Tanks, motor. Artillerie) sowie die wissenschaftliche Forschung auf den modernsten Gebieten der Militärtechnik ohne die Erfahrungen und ohne das Kapital der grossen Konzerne schier unmöglich. Dies war auch Hitler klar, als er sich entschied, seinen als wichtigen Parteipunkt besonders betonten Kampf gegen Grossindustrie und Kapital aufzugeben und die Grossindustrie ganz besonders in seine Pläne einzufügen. Es bleibt ein besonders sichtbares Anzeichen für die Betrugsmanöver des Naxisystems, dass Göring, der Vorkämpfer gegen Kapital und Besitz, sich zum Schöpfer des größten Konzerns und zum gewalttätigsten Unternehmer gemacht hat. Diese Tatsachen mögen den Anlaß dazu geben, dass die Grossindustrie besonders unter die Lupe genommen wird.

Ich bin der Auffassung, dass die deutsche Wirtschaft einschl. der Grossindustrie von Hitler wohl die Revision des Versailler Friedensvertrages erwartet, nie aber einen Krieg mit den westlichen Kulturstaaten England, Amerika, Frankreich gewünscht hat. Wenige verworrene und unverantwortliche Köpfe mögen in dieser Auffassung eine Ausnahme gebildet haben. Wie ich schon andeutete, war die Masse der deutschen Wirtschaft defaitistisch eingestellt und hatte sich in ihrem durch die wirtschaftliche Not entstandenen Existenzkampf so auf sich selbst eingestellt, dass es dem damaligen Reichskriegsminister notwendig erschien, zur Durchführung der Aufrüstung die Betriebe erst mal auf den Gedanken der Wehrwirtschaft auszurichten. Der Begriff "Wehrwirtschaft" hatte mit Kriegsvorbereitung und Mobilmachung nichts zu tun, sondern hatte allein das Ziel, die Betriebsleiter und die Gefolgschaft auf den Gedanken einzustellen,



dass in einem modernen Volksstaat, wie es nach Hitlers Propaganda Deutschland damals werden sollte, jeder Betriebsführer und Arbeitnehmer nicht nur Pflichten gegen sich selbst und gegen seinen Betrieb, sondern auch gegen den Staat hat. Weiterhin war es Aufgabe der wehrwirtschaftlichen Idee, dem Volke vor Augen zu führen, dass auch eine Friedens-Wirtschaft in einem durch seine Lage so gefährdeten Staate wie Deutschland nur Dauer haben kann, wenn sie im Notfall auch durch ein scharfes Schwert geschützt wird, und dass dafür auch die Wirtschaft die notwendigen Opfer bringen muss. Kein Mensch, der die wehrwirtschaftliche Idee richtig propagiert hat, ist jemals von dem Gedanken erfasst gewesen, dass diese Propaganda die Vorbereitung für einen von Deutschland gewollten neuen Weltkrieg bedeuten könnte. Es ist selbstverständlich, dass die mit dieser Propaganda einsetzende Aufrüstung in der deutschen Wirtschaft grosse Begeisterung fand, nicht nur weil dadurch die Betriebe wieder Aufträge, die Arbeiter wieder Brot und Arbeit erhielten und man hoffen konnte, dass eine begrenzte Aufrüstung auch das übrige Wirtschaftsleben wieder in Gang bringen konnte, sondern auch weil mit der Aufrüstung für Deutschland wieder eine militärpolitische Sicherheit und eine Möglichkeit, im Rate der Völker wieder gehört zu werden, geschaffen wurde. Es wäre ein Unrecht, wollte man der deutschen Wirtschaft und ihren Führern nicht zubilligen, dass sie allen Grund hatten, bis 1937 an der Ehrlichkeit der Hitlerschen Versprechen zu glauben, die Aufrüstung als Verteidigungsmaßnahme zu deuten, und dass es ihre vaterländische Pflicht war, ihre Mitarbeit dafür zur Verfügung zu stellen.

Diese Auffassung musste sich aber grundlegend ändern, als Hitler ab 1938 sein wahres Gesicht zeigte und mit seiner gewalttätigen Expansionspolitik begann. Von diesem Zeitpunkt an ist durch Vorträge und Aufsätze des Wehrwirtschaftsstabes alles versucht worden, die deutsche Wirtschaft auf die Gefahren der Hitlerschen Politik hinzuweisen und ihr die Unmöglichkeit Deutschlands, für Hitlers Ziele einen neuen Krieg führen zu können, darzulegen. Es wurde die Einrichtung der Wehrwirtschaftsführer geschaffen, weil man hoffte, mit diesem ausgesuchten wirtschaftlichen Führerpersonal einen Damm gegen die nazistische Propagandaflut in der Wirtschaft zu bilden und die Betriebsführer damit vor einer Erfassung durch den nationalsozialistischen Bund der Technik und vor der Beeinflussung durch die Gauwirtschaftsberater zu schützen. Ich selbst habe im Jahre 1938 und 1939 in grossen wirtschaftlichen Versammlungen klar ausgesprochen, dass Deutschland keinen neuen Krieg führen kann und darf und habe öffentlich gegen die von Göring propagierte Autarkie Stellung genommen. Wenn Herr Speer im Nürnberger Prozess zu seiner Entlastung ausgesagt hat, Hitler habe uns alle getäuscht, so kann ich ab 1938 diese Entschuldigung weder für die führenden Männer der Wirtschaft zulassen, noch für die führenden Männer der Wehrmacht, am wenigsten aber für Herrn Speer. Die führenden Köpfe der Wirtschaft mussten erkennen, dass die Politik Hitlers und seine Untreue gegen jeden Vertrag, verbunden mit den damals schon beginnenden Untaten gegen die menschliche Freiheit und Würde, Deutschland einer Katastrophe zuführte, und sie mussten auch auf ihrem Wege ihre warnende Stimme erheben.

Leider aber sind viel zu viele der deutschen Wirtschaftsführer mit verschlossenen Augen der Hitlerschen Politik gefolgt. Sie haben bis zum Kriegsausbruch in dem Wahn gelebt, dass Adolf Hitler sein Volk nie in einen neuen Krieg stürzen würde. Diejenigen, die vielleicht die Gefahren der bedrohlichen Aufrüstung sahen, waren nur zu leicht bereit, diese Massnahme als eine Abwehr der bolschewistischen Gefahr zu deuten. Daneben gibt es denn noch einen kleinen Kreis von Männern, die, sei es aus technischer Begeisterung, sei es aus egoistischen Motiven, sich mit grosser Schwung den Göringschen Kriegsvorbereitungsplänen zur Verfügung gestellt und seine grössenwahnsinnigen Pläne bewusst unterstützt haben. Diese Männer haben eine grosse Mitverantwortung auf sich geladen, indem sie - anstatt Hitler und Göring vor einem erneuten Kampf mit dem weit überlegenen englisch-amerikanischen Wirtschaftspotential zu warnen - diese die erfüllbaren Pläne ermunterten, deren Ziele sehr bald in den zu erobernden Staaten lagen. Diese Männer, die zum Teil der Grossindustrie angehören und die ihre Tätigkeit im Vierjahresplan mit der Führung oder Beeinflussung ihrer Konzerne verbanden, haben diese Konzerne mit einer vielleicht ungewollten Schuld beladen.

Es muss aber festgestellt werden, dass Deutschland trotzdem wirtschaftlich völlig ungenügend in den Krieg gegangen ist, und dass der wirtschaftliche Zusammenbruch erheblich eher eingetreten wäre, hätten nicht die Eroberungsfeldzüge Hitlers der Wehrmacht die ungeheure Beute an Rohstoffen und Treibstoffen eingebracht. Die grossen wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen, die für einen neuen Weltkrieg erforderlich gewesen wären, wie die synthetische Vorbereitung der Treibstoff- und Kautschukbasis, die Erschliessung der inländischen Metallvorkommen, die Verstärkung der Salpeter- und Schwefelsäure-Produktion, die Vorbereitung der Aluminiumbasis, die Erhöhung der Kurbelwellen- und Kugellager-Herstellung, der Ausbau der hochwertigen Stahlgrossanlagen und ähnliche wichtige Vorbereitungen sind praktisch nicht erfolgt, sondern zum grössten Teil erst im Laufe des Krieges improvisiert worden. Diese Tatsache der mangelnden großzügigen Vorbereitung ist meines Erachtens ein eindeutiger Beweis, dass ganz allgemein gesprochen seitens der Wirtschaft und ihrer verantwortlichen Führer ein neuer Weltkrieg sicher nicht vorausgesehen, geschweige denn beabsichtigt war.

Um so mehr war es andererseits die Pflicht aller deutschen Wirtschaftsführer, die Regierung vor einer solchen Katastrophe zu warnen und alles daran zu setzen, einen neuen Weltkrieg zu verhüten. Dieses ist seitens der Wirtschaft leider nur von wenigen einsichtsvollen Männern mit dem nötigen Nachdruck erfolgt, die sich damals der Opposition angeschlossen bzw. durch meine Verbindung mit ihr zusammengearbeitet haben.

Das Volk in seiner Unwissenheit konnte betrogen werden, die führenden Köpfe einer so grossen Wirtschaftsmacht, wie es Deutschland war, durften sich nicht betrügen lassen, sondern mussten in dieser Lage ebenso handeln, wie man es vergeblich von der führenden Generalität erwartet hat. Zu langsam bildete sich aus immer ernster und besorgter werdenden Gesprächen untereinander und in verantwortlichen Amtsräumen im Kreise

der Wirtschaft die Opposition. Von verbrecherischen Einzelfällen abgesehen, ist dieses Versäumnis die wahrhafte tragische Schuld der deutschen Wirtschaftsführung.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Beantwortung der vierten Frage.

Nachdem der Krieg ausgebrochen und das Vaterland in schwerster Not war, gab es für die Wirtschaft selbstverständlich auch nur die eine Möglichkeit, dem Vaterlande gegenüber die Pflicht zu tun und die Wehrmacht nach bestem Können zu versorgen. Der Regierung die Erfüllung der Aufträge zu verweigern, war in Deutschland weniger möglich als in jedem anderen Staate, denn der geringste Versuch endete am Galgen. Es ist daher auch eine grobe und unverantwortliche Lüge, dass die Opposition eine Sabotage der deutschen Rüstung vorgenommen hat. Gegen solche Anwürfe wehrt sich die Opposition auf das Schärfste. Die Opposition hat nur das eine Ziel gehabt, durch gewaltsame Beseitigung der Regierung den Krieg zu beenden. Dazu hat sich die Opposition die Mitarbeit der führenden Wirtschaftskreise herbeigewünscht, aber leider in ihren Reihen wenig Verständnis gefunden. Es bleibt unverständlich, dass gerade die führenden Persönlichkeiten mit wenigen Ausnahmen nicht die Unmöglichkeit, den Krieg zu gewinnen, erkannt haben oder nicht erkennen wollten, und so gut wie keine Versuche gemacht haben, die oberste Führung von dem Wahnsinn eines Kampfes mit der englisch-amerikanisch-russischen Wirtschaftskraft zu überzeugen. Was darin geschehen ist, ist allein vom Wehrwirtschaftsamt bzw. von Männern der Opposition ausgegangen. Selbstverständlich wäre dies Aufgabe des Wirtschaftsministeriums und später des Reichsministers für Bewaffnung und Kriegsproduktion gewesen, aber da diese beide völlig im Fahrwasser Hitlers schwammen, wäre es Pflicht der Führer der deutschen Grossindustrie gewesen, durch klare und schriftliche Belege ihre Ansicht darzutun. Es bleibt auch unerklärlich, dass die Industrie - genau so wie die höchsten militärischen Führer - sich von dem Vorhandensein kriegsentscheidender Wunderwaffen betören liess, ohne nachzuforschen, was daran überhaupt wahr war. Ich gebe zu, dass die Wirtschaft in dieser Beziehung von Männern des Reichsministers Speer, in Sonderheit seinen Hauptstützen Saur und Schieber, auf das Ubelste belogen worden ist.

Einer besonderen Untersuchung bedarf die Tätigkeit der deutschen Wirtschaft in den Betrieben des besetzten Auslandes. Es war unter den in Deutschland obwaltenden Verhältnissen ausgeschlossen, dass ein deutscher Betrieb für die Wiederingangsetzung eines eroberten ausländischen Werkes technische Hilfe bereitzustellen ablehnte. Völlig unerklärlich ist aber, dass sich bestimmte Firmen und Konzerne bereit fanden, die durch Görings Beschlagnahmeverordnung geraubten Betriebe käuflich zu erwerben. Ich habe seinerzeit jedem Wirtschaftler, der mich darum befragte, abgeraten, sich an solchen Raubgeschäften zu beteiligen. Verschiedene sind der Warnung gefolgt, andere sind der Versuchung erlegen oder haben sich durch Göring oder andere Parteistellen dazu zwingen lassen. Es bedarf also auch in diesem Punkte einer eingehenden Nachprüfung, wie diese Geschäfte zustande gekommen sind.

Ich habe nicht umsonst im Jahre 1941 meinen mir von Göring durch Befehl übertragenen Aufsichtsratsposten in den Hermann-Göring-Werken und in der Continental Oel AG. als Protest nach der 1. Aufsichtsratssitzung niedergelegt, weil ich damit zum Ausdruck bringen wollte, dass ich als Soldat die Handlungsweise und das Gebaren dieser von Göring geschaffenen Gesellschaften nicht billigte und nicht bereit war, meinen Namen mit diesen Gesellschaften beschnutzen zu lassen. Leider fand ich darin nur wenig Nachfolger.

Auch die Anklagen, die gegen einzelne Firmen wegen der Behandlung ausländischer Arbeitskräfte geführt werden, bedürfen der Untersuchung, weil es oftmals durch die unverantwortlichen Befehle eines Saur oder ähnlicher Stellen, den Betrieben gar nicht möglich gewesen ist, die notwendigen Vorkehrungen zu schaffen.

Ich bemerke, dass alle meine Beobachtungen der Zeit bis Ende 1942 entstammen, da ich zu diesem Zeitpunkt aus meiner Tätigkeit ausgeschieden und später wegen meines Kampfes gegen den Krieg auf Befehl Hitlers von der Gestapo verhaftet worden bin.

Es lag mir daran, den Alliierten und den deutschen Anklägern mit diesen Ausführungen einen Beitrag dafür zu geben, dass die anständigen Kreise der deutschen Wirtschaft von ihrem Verdacht möglichst bald endgültig befreit werden und sich wieder ihrer Arbeit widmen können. Nicht der Wirtschaftler, der zufälligerweise Aufsichtsrat war, oder wegen seiner anständigen Gesinnung seitens der Wehrmacht Wehrwirtschaftsführer geworden war und mit seinem Werk seinem Vaterlande in Treue und Tüchtigkeit gedient hat, sollte defamiert, geblockt und gestraft werden, sondern hierzu sollten allein herausgesucht werden die Männer, die das Nazisystem und seine Machtheber in korrupter Weise unterstützt, sich mit ihnen ungebührlich bereichert, sich vor dem Kriege oder im Kriege gegen Recht und Anstand vergangen und in Egoismus und Gewinnsucht die nationalsozialistische Kriegshetze und Durchhaltepsychose gefördert und verbreitet haben. Mit ihnen trifft man die Leute, die der anständigen deutschen Wirtschaft nicht würdig sind und die aus dem neuen Wirtschaftsleben ausgemerzt werden müssen.

Diesen Gedanken zur Reinigung der deutschen Wirtschaft darf ich noch einige Vorschläge für die Wiedereingangssetzung der Wirtschaft hinzufügen.

Die Nachkriegsentwicklung der deutschen Wirtschaft berechtigt zu der grossen Sorge, dass, wenn es nicht bald zur Bildung eines deutschen Gesamtwirtschaftsgebietes kommt, die einzelnen Zonen wirtschaftlich zum Stillstand kommen, und damit dem deutschen Volk die Möglichkeit, durch Arbeit seine Wiedergutmachung zu leisten, genommen wird. Die immer bedenklicher werdende Not und die Unmöglichkeit, die immer grösser werdenden Volksmengen von deutschem Boden zu ernähren, treiben zur politischen Radikalisierung. Das unüberlegte Volk verwechselt Ursache mit Wirkung, begreift in seiner Einfalt nicht, dass die Schuld an diesem Elend allein das verbrecherische Handeln Hitlers trägt und wendet sich wieder dem unterirdisch wühlenden Nazitum oder der kommunistischen Hetze zu. Beides muss verhindert werden,

wenn das im Herzen Europas liegende Deutschland zur Ruhe kommen und seine ihm von den Siegermächten zugewiesenen Aufgaben erfüllt werden sollen. Alle Möglichkeiten, dem Volk wieder Arbeit zu geben, müssen erdacht und durchgesetzt werden, selbst wenn dadurch Aufgaben, die den Besatzungsmächten bisher als vordringlich erschienen, zeitlich zurückgestellt werden müssen. Alle Massnahmen sollten unter dem Leitsatz stehen: Macht Deutschland wieder arbeitsfähig.

Hierzu erlaube ich mir folgende Anregungen zu geben, wobei ich mir klar bin, dass ihre Durchführung teilweise erhebliche Schwierigkeiten bereiten wird.

I. Organisatorisches.

1. Sofern die Bildung eines geschlossenen deutschen Wirtschaftsgebietes zurzeit nicht erreicht werden kann, Schaffung eines Wirtschafts-Regulierungs-Ausschusses aus je 1 Vertreter der 3 westlichen Zonen, der nur den einen Auftrag hat, die Schwierigkeiten, die dem freien Wirtschaftsverkehr der 3 westlichen Zonen gegenüberstehen, zu beseitigen.
2. Vorläufige Aufhebung der die Produktion begrenzenden Bestimmungen des Kontrollrats in den 3 westlichen Zonen, um zunächst mal eine Ankurbelung der Wirtschaft zu erreichen.
3. Weitere Vernichtung oder Abtransport der Einrichtungen für Herstellung von reinem Kriegsgerät, aber Einstellung der Zerstörung von Fabrikanlagen für Gewinnung von Rohstoffen und Halbprodukten, Umstellung dieser Einrichtungen auf reine Friedensproduktion für deutschen Verbrauch bzw. Export. Reparationslieferungen auf diesem Gebiet werden später nachgeholt.
4. Organische Rückgliederung der Grosskonzerne durch Aufspaltung in ihre ehemaligen Einzelbetriebe, Einsetzung von Treuhändern in diese Betriebe und Wiederinbetriebsetzung.
5. Halbjährige Arbeitspflicht für alle gesunden jungen Männer zwischen dem vollendeten 18. und dem vollendeten 20. Jahre zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Verbesserung der deutschen Transportlage.
6. Weisung an die Denazifizierungsbehörden, ihre Tätigkeit beschleunigt durchzuführen, damit die unbelasteten Kräfte der Wirtschaft wieder in den Arbeitsprozess eingereicht werden können. Möglichst baldige Freilassung der noch im Lager zurückgebliebenen Wirtschaftsführer, soweit ihre Unbelastung erwiesen ist.
7. Einsetzung eines deutsch-alliierten Überwachungsausschusses für die westlichen Zonen, der darüber zu wachen hat, dass diese Ankurbelungsaktion der Wirtschaft nur der Herstellung von friedensmässigen Verbrauchsgütern bzw. Exportartikeln für Zwecke der Wiedergutmachung dient.

II. Einzelheiten

1. Erhöhung der Kohleförderung durch Gewährung von Leistungsprämien in Form von Lebensmittelgutscheinen, die nach der nächsten Ernte eingelöst werden.
2. Umstellung der westlichen Stahlproduktion auf vermehrte Schrottbasis nach dem mitteldeutschen Verfahren. Einleitung einer Grossaktion zur Sammlung des Schrotts.
3. Größtmögliche Ausnutzung der noch vorhandenen Fertigungsstätten von Aluminium und synthetischen Kunststoffen, um diese Mengen zur Wiedereingangssetzung der Herstellungsstätten für Verbrauchsgüter zu verwenden.
4. Umstellung aller ehemaligen chemischen Kriegsbetriebe zur größtmöglichen Gewinnung von Stickstoff (Landwirtschaft), Treibstoff (Verkehr), synthetischem Gummi (Reifen, Riemen und Schuhsohlen). Evtl. Benutzung der Überproduktion für Wiedergutmachung.
5. Dreischichtenarbeit in allen Werken, die zur Hebung der Fertigstellung oder Wiederinstandsetzung von Verkehrsmitteln dienen.
6. Vordringliche Wiedereingangssetzung aller Werke zur Produktion von synthetischen Faserstoffen und Medikamenten.
7. Weitgehende Lockerung der hemmenden Innungsbestimmungen zur Wiedereingangssetzung und Belebung des Handwerks.

III. Landwirtschaftliche Massnahmen.

Die deutsche Landwirtschaft ist durch die zahlreichen übertriebenen Schutzbestimmungen, die sie durch die nazistische Einstellung zu "Blut und Boden" erhalten hat, zu selbstbewusst und zu unbeweglich geworden. Auch auf ihrem Gebiet sind alle Massnahmen zu treffen, die Tüchtigkeit, Leistung und Erwerbssinn wieder in den Vordergrund rücken.

Daher Aufhebung des Erbhofgesetzes und aller Bestimmungen, die der Freiheit des Bodens zuwider sind.

Aufspaltung der landwirtschaftlichen Grossbesitze in Mittelbetriebe, sofern ihre Leitung nicht die notwendige Produktion gewährleistet.

IV. Schluss.

Ich darf zum Schluss noch mal zum Ausdruck bringen, dass diese Anregungen allein dem Gedanken entsprungen sind, die Wiedereingangssetzung der deutschen Wirtschaft einzuleiten. Nur dadurch kann sie in die Lage versetzt werden, ihre ihr aufgetragenen Wiedergutmachungsleistungen nach einer gewissen Anlaufzeit wieder aufzunehmen und durch Export die von den Alliierten zur Verfügung gestellten Ernährungsmittel zu bezahlen. Nicht getarnte Sabotage der Bestimmungen des Kontrollrats sollen die Vorschläge bedeuten, sondern Mitarbeit an der Vernichtung der letzten Spuren des Naziregimes. Deutschland wird nur wieder gutmachen können, wenn es wieder leben und arbeiten kann.

ZS-310/3-14

General Thomas:

Die Opposition. - Nov. 1945, 20 Bl.

(ZS 310, Bl. 13 - 32)

(Dubletten)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

SPECIAL REFLEX

EUROPÄISCHE PUBLIKATION E.V.

MÜNCHEN 27

Raahstr. 16, Tel. 491828

Die Opposition.

75-310/3-15
Aul. h.

Ine	nte
Akz.	4367/7d 75 310 (II)
Rep.	

Wenn man heute dem deutschen Volke den Vorwurf macht, daß es in seiner Gesamtheit das Hitlersystem widerstandslos ertragen und sich damit selbst schuldig gesprochen hat, so ist dieser Vorwurf ungerechtfertigt. Nur derjenige, der sich im einzelnen mit dem Kampfe der Opposition gegen das System beschäftigt hat, weiß, was Opposition gegen den Terror des Nazisystems bedeutet hat und was die Männer, die sich dazu entschlossen hatten, ertragen haben. Wenn die Opposition nicht den gewünschten Erfolg errungen hat, und es den siegreichen Alliierten vorbehalten geblieben ist, das deutsche Volk von dem Nazisystem zu befreien, so hat das die verschiedensten Gründe, auf die im einzelnen in nachstehenden Ausführungen eingegangen werden wird.

Es wird von Anfang an zugegeben, daß der Kreis, der wirklich aktiv Opposition getrieben hat, klein gewesen ist. Daneben hat ein größerer Kreis von Menschen bestanden, die Hitler und die Partei mit ihren Machenschaften abgelehnt, aber aus Angst vor den nazistischen Terrormaßnahmen eine aktive Mitarbeit gegen das System nicht gewagt haben. Die wirklich aktiven Kräfte der Opposition wurden dauernd geschwächt. Ein Teil davon ist emigriert, ein anderer Teil ist in den Kz's gestorben oder dort durch jahrelange Haft ausgeschaltet worden. Andere wieder haben sich durch die scheinbaren Erfolge Hitlers blenden lassen und haben es als Pflicht gegen das schwer kämpfende Vaterland angesehen, die Opposition gegen das Hitlersystem aufzugeben.

In Nachstehendem wird in erster Linie die Tätigkeit derer geschildert werden, die von Anbeginn an bis zum traurigen Ende des Krieges ihren Kampf gegen das Hitlersystem betrieben und ihr Leben für die Befreiung Deutschlands von der Nazityrannie eingesetzt haben. Zuvor bedarf es aber eines kurzen Rückblickes auf die Zeit vor 1933, in der die verschiedensten Kreise Deutschlands schon den Versuch gemacht haben, das Emporkommen und die Machtergreifung Hitlers zu verhindern. Die Opposition gegen Hitler und sein System besteht seit Beginn der Bewegung. Die Kräfte der Opposition sind einem Wechsel unterzogen gewesen. Den ersten Widerstand fand Hitler mit seiner Partei in der Heeresleitung. Sowohl General v. Seeckt, wie sein Nachfolger Heys, Frhr. v. Hammerstein und Frhr. v. Fritsch waren Gegner dieser Bewegung, da sie in den führenden Persönlichkeiten der Partei Abenteurer sahen, nicht aber Männer, die geeignet waren, ein Volk aus tiefstem Elend zu neuem Wohland zu führen. Alle die neuen Grundsätze der Partei über Wirtschaftsführung, Finanzwirtschaft, Rechtsprechung, Religionsausübung, Rassengesetzgebung und Ähnliches waren für kluge, geistig hochstehende und real denkende Männer ein Warnungszeichen. Der Hitlerputsch in München hatte die Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit der Naziführung erwiesen, wenn sich ein Teil des Heeres, wie die Inf. Schule damals für die Ziele der Nazie ausnutzen ließ, was es in der Hauptsache Schuld Ludendorffs und der separatistische Zug bestimmter bayrischer Kreise, die in einer "los von Berlin"-Bewegung glaubten, das Schicksal Deutschlands ändern zu können. Es darf auch nicht verkannt werden, daß die wirtschaftliche Not damals in den Offizierskreisen ungeheuerlich war und daß jede Bewegung, die eine Besserung versprach und die

als ihr Ziel Freiheit, Arbeit und Brot in Aussicht stellte, unter den jungen Offizieren leicht Boden gewinnen konnte. So ist der Kreis der jungen Offiziere der Inf.Schule zweifellos das Samenkorn gewesen für die spätere Ausbreitung des Nazismus in der Wehrmacht. Fest steht aber, daß die Heeresleitung und die Mehrzahl der geschichtlich geschulten und real denkenden höheren Offiziere in den Jahren bis zum Umsturz im Jahre 1933 zu der Partei und zum Handeln Hitlers in Opposition gestanden haben. Der seinerzeitige Ulmer Prozeß gegen die jungen Offiziere des Ulmer Art.Regts. gibt den besten Beweis dafür, wenn auch daraus ersichtlich ist, daß die vaterländischen Tendenzen aus der damaligen nationalsozialistischen Propaganda in den Herzen der Soldaten starken Anklang gefunden hatten.

Die Heeresleitung ist in den Jahren 1923 - 1932 sicherlich oftmals mit den Auffassungen der demokratischen Regierung nicht einverstanden gewesen, weil sie zunächst jede Vorbereitung einer Landesverteidigung ablehnte und damit jedem soldatischen Gefühl für die Verantwortung einer Staatsführung zuwiderhandelte. Nie aber hat die Heeresleitung den Gedanken einer Zusammenarbeit mit der NSDAP erwogen, weil deren unterirdische Wühlarbeit und leichtfertige Propaganda für eine verantwortungsbewusste militärische Führung nicht tragbar war. Es bleibt aber unverständlich, daß Männer wie Schleicher, Hammerstein, die ausgesprochene Gegner des Nazi-Systems waren, und die alle Machtmittel in ihren Händen vereinigt hatten, nicht aktiver gehandelt haben, um die Machtergreifung Hitlers zu verhindern. Ob dabei allein der Wille Hindenburgs, einen Bürgerkrieg in Deutschland zu verhindern, eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat, oder ob die Ansicht Schleichers ausschlaggebend war, daß die Nazis am besten zu schlagen sind, wenn sie dem deutschen Volke ihre Unfähigkeit zu regieren, selbst bewiesen haben, weiß ich nicht.

Unter uns Männern, die sich später zu der offenen Opposition zusammengeschlossen haben, bestand schon damals eine klare Abneigung gegen die Ansichten und Mittel der Nazis. Wir hatten die Politik Stresemanns als die in unserer Lage einzig mögliche angesehen und vertraten den Standpunkt, daß nur friedliche Aufbauarbeit, eine Verständigung mit unseren Nachbarn und eine Mitarbeit an der Erhaltung des Völkerfriedens der Weg sein könne, um Deutschland wieder zum Wohlstand zu bringen. Daß damit eine Befreiung von den Deutschland entehrenden Bestimmungen des Versailler Vertrages verbunden sein mußte, war für jeden anständigen Deutschen eine Selbstverständlichkeit - eine Forderung, die jeder Amerikaner oder Engländer verstanden hätte.

Ein weiterer Gegner des Nazismus waren von früher Zeit an die politischen Linksparteien, in Sonderheit die KPD. Es steht ohne Zweifel fest, daß die KPD und SPD in den Jahren bis zum nationalsozialistischen Umsturz im Kampfe gegen Hitler und seine Partei die größten Opfer gebracht und daß sie alles versucht haben, das Emporkommen Hitlers zu verhindern. Es ist ihr unbestrittene Verdienst.

Den Kampf geführt hat - zumindest die KPD - aber nicht, wie es heute erscheinen soll, zur Verteidigung demokratischer Weltanschauungs Ideale oder zur Rettung der demokratischen Regierungsform, wie dies heute die KPD für sich in Anspruch nimmt. Bekämpft hat die KPD Hitler, weil dieser den Kampf gegen Bolschewismus und Kommunismus als Staatsfeind mit auf seine Fahne geschrieben hatte, und weil Gefahr bestand, daß große Teile der arbeitslosen Arbeiterschaft zu den Nazis abwanderten. Es mag zahlreiche idealistisch eingestellte Männer unter den Führern der KPD gegeben haben, die die Gefahr der Person Hitler und seiner neuen Weltanschauung erkannt hatten, die Masse aber kämpfte gegen Hitler, weil seine geschickte Propaganda der KPD die Massen abgespenstig machte und weil sie die internationale Gemeinschaft der arbeitenden Klassen mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Forderungen in Gefahr sah. Besonders in der sozialdemokratischen Presse, die vor 1933 stark jüdisch beeinflusst war, mag auch der Kampf des Judentums gegen die Hitlersche Rassenhetze ein starker Grund für den Pressekampf gegen die NSDAP gewesen sein.

Zentrum, Demokraten und Rechtsparteien waren in ihrer Propaganda viel zu schwach und rücksichtsvoll und den gewalttätigen Terrormaßnahmen der SS und SA nicht gewachsen, um als Opposition gegen die NSDAP gewertet zu werden.

Als dritter Gegner des Nazismus sind die Kirchen zu werten. Sowohl die katholische wie die evangelische Kirche haben, die Gefahr der Hitler'schen Weltanschauung erkennend, schon vor 1933 den Kampf gegen den Nazismus aufgenommen, und Opfer für die Erhaltung der christlichen Kirche in Volk und Jugend gebracht. Ihre Hauptverdienste liegen indessen in der Zeit nach 1933.

Mit der Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933 änderten sich die Verhältnisse für die Bildung einer Opposition. Es bleibt erstaunlich, daß die ersten scharfen Maßnahmen der Hitler-Regierung gegen die KPD und gegen die Gewerkschaften nicht einen schärferen Widerstand in der Arbeiterschaft hervorgerufen haben. Das Versprechen Hitlers an die Arbeiter, für Arbeit und Brot zu sorgen, ferner die starke Betonung der sozialen Linie in allen Reden und damit verbunden die Angst, daß bei einer allzu scharfen Opposition Teile der KPD-Wähler zu der neuen Nazi-Regierungspartei übergehen konnten, mag die Linksparteien vor entscheidenden Schritten - Ausrufung des Generalstreiks usw. - abgehalten haben. Fest steht jedenfalls, daß von Jahr zu Jahr der aktive Widerstand der ehemaligen Linksparteien abgenommen hat und daß selbst beim Ausbruch des Krieges irgendwelche oppositionellen Kundgebungen seitens der Arbeiterschaft nicht stattgefunden haben. Ich bin über die oppositionelle Tätigkeit der Linksparteien von 1934 - 1945 zu wenig unterrichtet, um über ihr Wirken und ihre Erfolge ein Urteil abgeben zu können. Zweifellos ist aber, daß die Zerschlagung der Gewerkschaftsorganisation und die Festsetzung der radikalsten Führer die Schlagkraft dieser Oppositionskreise schwer vermindert hat. Als der Krieg ausbrach, waren wir in dem später zu behandelnden Kreise Beck - Popitz - Goerdeler wenigstens der Auffassung, daß mit der Arbeiterschaft als

Oppositionsgruppe vorläufig nicht zu rechnen sei, da sie sich zu stark in der Hand der Arbeitsfront befände. Die hohen Leistungen, die die deutschen Arbeiter bei der Aufrüstung und im Kriege trotz schwerster Lebens- und Arbeitsbedingungen an den Tag gelegt haben, sind u.E. der Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung.

Soweit ich unterrichtet bin, ist es der Oppositionsgruppe B.-C.-P.-W. erst 1943 gelungen, mit Führern der ehemaligen Gewerkschaften, den Herren Leuschner und Wiersing und Linksparteien nähere Verbindung zu bekommen. Erst 1944 bereitete sich ein Zusammengehen vor. Darauf komme ich später zu sprechen.

Die eigentliche Oppositionsbewegung hat ihren Ausgang genommen aus dem Zusammenschluß weniger Männer aus Beamtentum, Wehrmacht und Kirche, die ihre Verantwortung vor Gott und dem deutschen Volke höher schätzten als den Eid, den sie Hitler geleistet haben. Diese Männer sind Dr. Goerdeler, Minister Popitz, Feldmarschall v. Witzleben, Generaloberst Beck, Botschafter v. Hassel, General Oster und ich selbst. Dazu stießen bald Adm. Canaris, Staatssekretär Planck, General Olbricht, Dr. Joseph Müller, Rechtsanwalt Langbehn, Graf Helldorf, Dr. Gisevius, Dr. Strunk, Prof. Jessen u.a. Die Generale Feilgiebel, v. Stülpnagel, Wagner vom OKW gehörten ferner zu dem Kreise. General Halder war über ihre Pläne orientiert. Die Entwicklung war - soweit ich es bei der notwendigen Geheimhaltung selbst übersehen habe - wie folgt:

Der jahrelange Kampf der Parteien um die Regierung, der völlige innenpolitische Zwiespalt, der in dem ganzen deutschen Volk 1933 erkennbar war und die bestehende wirtschaftliche und seelische Not einerseits und die ersten Regierungserklärungen Hitlers mit ihrer Parole Freiheit, Arbeit, Brot andererseits, hatten auch uns Männer der späteren Opposition davon überzeugt, daß im Interesse des Vaterlandes die neue Regierung zunächst mal zu unterstützen sei. Jeder von uns hat daher zunächst seine ganze Kraft eingesetzt, um - jeder an seinem Posten - dem Vaterlande zu dienen und zu helfen. Einen Eintritt in die Partei für uns und unsere Angehörigen lehnten wir ab, da die neuen Männer erst mal beweisen sollten, daß sie imstande sind, das Volk zu Frieden und Wohlstand zu führen. Gegen diese unsere Auffassung wurde von vielen Seiten Sturm gelaufen mit der Begründung, daß es gerade Pflicht der geistig hochstehenden und einflußreichen Männer sei, in die Partei einzutreten, um das Wirken von Regierung und Partei in die richtigen Bahnen zu lenken. Wir haben in den Jahren 1933 - 1937 im schwersten Widerstreit unserer Pflichten gestanden. Die politischen Erfolge, die Hitler errang, die Anerkennung seiner Regierung durch das Ausland, der Abschluß des englisch-deutschen Rüstungsflotten-Abkommens, der glänzende Ablauf der olympischen Spiele in Berlin und der scheinbare wirtschaftliche Aufschwung, den Deutschland in diesen Jahren erlebte, wurden uns als klare Beweise dafür vor Augen gehalten, daß Hitlers Politik die richtige ist und daß sie zumindestens von den Westmächten gebilligt wird. Dagegen standen die Vorgänge am 30. Juni 1934, beim Tode Hindenburgs und die ersten Anzeichen der Rassen- und Kirchenhetze. Alle diejenigen, die diese Zeit in Deutschland nicht miterlebt haben, sondern unser Vaterland verlassen haben, weil sie nicht gewillt waren, den Kampf mit den bösen Mächten dieses

Systems aufzunehmen, können sich kein Begriff machen von dem innerlichen Zwiespalt und von den Dregnsalen, die auf uns, die wir dem Vaterlande, aber nie der Partei dienen wollten, lagen. Die beginnende Korruption der oberen Parteiführer, die leichtfertige Beurteilung der außenpolitischen Lage Deutschlands und der Tiefstand der Moral der Naziführung in punkto Menschlichkeit, Rechtssprechung, Religiosität und Jugenderziehung stärkten uns in unserer oppositionellen Haltung von Monat zu Monat mehr. Den Bruch mit diesem System brachte die zweite Heirat des Ministers von Blomberg und die Beseitigung des Generals Frhr. v. Frittsch. Ganz abgesehen von den kriminellen Vorgängen, die die beste Visitenkarte für dieses System darstellten, wurde uns klar, daß Hitler mit der Beseitigung des Ob.d.H. das Ziel erreichen wollte, die Wehrmacht in das nazistische Staats- und Parteisystem einzufügen und sie für seine egoistischen und imperialistischen Herrschaftsideen gefügig zu machen. Die Luftwaffe war durch Göring und Milch bereits völlig dem Nazismus verschrieben worden, die Kriegsmarine war im Begriff, sich gleichfalls zu fügen, die Beseitigung von Frhr. v. Frittsch sollte den Widerstand, der im Heer noch klar erkennbar war, brechen. Auf welchen anderen Wegen Hitler seinen Einfluß im Heer zu erreichen suchte, habe ich in meinen früheren Darlegungen ausgeführt.

Für uns Männer der späteren Opposition waren die Vorgänge im Fall Frittsch und die beginnende Kriegspropaganda das Zeichen dafür, daß diesem System nunmehr der Kampf angesagt werden mußte, um das deutsche Volk vor neuen Mißerfolgen zu bewahren. Als erstes beschäftigte uns die Tatsache, daß Hitler die Ehre und das Ansehen des Offizierskorps des Heeres in dieser schamlosen Weise besudeln konnte, ohne von seiten der geschlossenen Generalität zur Rechenschaft gezogen zu werden. Ich bin nicht unterrichtet, was im einzelnen damals innerhalb der Generalität gespielt hat, weiß nur, daß ich und meine Freunde über die untätige Haltung der höchsten militärischen Führer schwer enttäuscht und glücklich waren, als General v. Witzleben die Auffassung vertrat, daß dieses System für Deutschland eine Gefahr ist und beseitigt werden muß. Ich bin damals von Oberst Oster über Witzlebens Plan unterrichtet worden, auch habe ich im Sommer 1938 mit Generalleutnant Beck - als er noch im Amt war, eine Aussprache darüber gehabt. Ebenso hat Dr. Schacht mich damals auf die Notwendigkeit einer Beseitigung dieser Regierung angesprochen. Wenn damals der von Witzleben geplante Staatsstreich, den die Truppe des Grafen Brockdorf-Rantzau durchführen sollte, unterblieb, so lag dies - soweit ich von Oster unterrichtet wurde - in erster Linie daran, daß Graf Brockdorf dem General v. Witzleben mitteilte, das junge Offizierskorps sei nicht zuverlässig und würde wohl gegen die SS, nicht aber gegen die Person Hitler zu kämpfen bereit sein. Die Vorbereitungen für das Unternehmen waren m.E. zunächst allein im Befehlsbereich Witzlebens getroffen worden. Nach Abgang Becks wurden die notwendigen Erkundigungen und sonstige Vorbereitungen in seinem Auftrage durch Organe der Abwehr unter Leitung des Obersten Oster durchgeführt. Oster war von diesem Zeitpunkt an eine der bedeutendsten Persönlichkeiten innerhalb der Opposition.

Meine zahlreichen Aussprachen mit Adm. Canaris und Oster ergaben die einheitliche Ansicht, daß der radikale Kurs, den die Regierung in der Außen- wie in der Innenpolitik einschlug, zum Kriege führen müsse, daß es aussichtslos sei, über Keitel einen Einfluß

auf die Dinge zu erhalten und das es daher notwendig sei, über Keitel hinweg mit dem Generalstab des Heeres über eine Änderung des Kurses, also über eine Beseitigung der Regierung, zu sprechen. Im gleichen Sinne sprach Dr. Goerdeler, damals noch Oberbürgermeister von Leipzig, bei mir vor. In zahlreichen Ausarbeitungen über die Gefahren der Hitlerpolitik und Nazimethoden versuchte Goerdeler einen entgegengesetzten Einfluß auf Wehrmacht und Wirtschaft zu bekommen. Auch andere Kreise der Wirtschaft, wie Generaldirektor Wittke - Dillingen, Kom.-Rat Reusch - Gute Hoffnungshütte, Dr. Draeger - Lübeck, Generalrat Bücher - AEG., Dr. Kimmich - Deutsche Bank, Dr. Guth - Reichsgruppe Industrie, Geh.Rat Wessig - Rheinmetall und andere wurden bei mir vorstellig und warnten dringend vor einer Verschärfung des Kurses, immer im Gedanken, daß die Wehrmacht über die Person Keitel auf den Ablauf der Dinge Einfluß nehmen könne. Aber schon damals war offensichtlich, daß Hitler den Heeres-Generalen mißtraute und daß die Partei und in Sonderheit der Rat Himmlers, Goebbels oder Leys bei Hitler weit mehr galten als der Keitele oder eines anderen führenden Soldaten. Mein damals einsetzender Kampf gegen Hitlers Blitzkriegsideen und gegen die autarkischen Wirtschaftspläne, sowie meine offenen Erklärungen, daß Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen keinen neuen Weltkrieg durchstehen könne, machten mich in Nazikreisen ebenso verdächtig, wie es andere aufrechte Leute schon waren. Besonders mein Verkehr im "Reuch-Kreise", ein Kreis von Industriellen und Landwirten, die Hitler unter Führung des Kom.Rats Reusch ablehnten, wurde mir besonders übel vermerkt. Die Überwachung meines Telefonverkehrs setzte ein. Keitel bot mir, um mich los zu werden, in jenen Wochen an, eine Division zu übernehmen, um meine Befähigung zum Kdr.General abzulegen. Ich lehnte dieses Angebot ab, da ich einerseits nicht gewillt war, als Truppenkommandeur für die Anschauungen und Ziele Hitlers einzutreten und weil ich der Auffassung war, daß ich in meiner Stellung im OKW im Kampfe gegen Hitlers Kriegspropaganda dem Vaterlande besser nutzen konnte, als in der Truppenführung einer Division oder eines Korps.

Die Vorgänge bei der Besetzung Österreichs, in Sonderheit die brutale Beseitigung aller derer, die sich Hitler dabei entgegenstellten, bewiesen uns Männern der Opposition, daß unsere Warnungen und Bedenken berechtigt waren. Andererseits gab der Erfolg, den Hitler in Österreich und in der Welt erzielt hatte, allen denen neues Wasser auf die Mühle, die unsere Opposition als kleinlich und der Großdeutschen Idee als abträglich ~~XXXX~~ bezeichneten.

Die Tschechenkrise führte uns erneut zusammen. Sowohl Canaris auf Grund seiner Abwehrmeldungen wie Beck und Gördelner aufgrund ihrer sonstigen Unterrichtungen waren der Auffassung, daß dieser Schritt Hitlers zum Kriege führen müsse. Zahlreiche Wehrwirtschaftsführer bestürmten mich, Keitel zu beschwören, diesen Schritt zu unterlassen. Witzleben erklärte sich erneut bereit, den Staatsstreich zu unternehmen und suchte - soweit ich mich erinnere - am Tage von München Halder auf, um den Befehl zum Losschlagen in Empfang zu nehmen.

Da kam die Nachricht vom Treffen der Staatsführer in München, eine Lösung, die keiner von uns erwartet hatte. Damit war der Opposition erneut die Waffe aus der Hand geschlagen. Hitler hatte einen ungeahnten Erfolg erzielt, wir Männer der Opposition wurden als Schwarzseher angesehen, Hitlers politisches Genie und die Überlegenheit der Achse über die engl.-franz. Front war in aller Munde.

Die Zeit vom Herbst 1938 bis zum Ausbruch des II. Weltkrieges war für mich eine der moralisch belastendsten Zeiten. Die klare Erkenntnis, daß Hitler zum Krieg trieb, die Überzeugung, daß dieser Krieg ein langer Materialkrieg wird, den Deutschland nicht durchhalten kann, die Unvollständigkeit der wirtschaftlichen Mobilisierungsvorarbeiten und die chaotischen Zustände in der deutschen Spitzenorganisation einerseits, die Leichtfertigkeit und Verlogenheit der deutschen Staatsführung, der dauernd sich steigende Terror, das trotz allem in der Bevölkerung immer mehr zunehmende Vertrauen zu Hitler, die Unmöglichkeit, gegen diesen Irrglauben etwas tun zu können, und das Pflichtgefühl, dem Vaterlande trotz allem bis zum Letzten dienen zu müssen, bedeutete eine Last, deren Schwere nur der ermessen kann, der diese Monate in meiner Umgebung mitgearbeitet hat.

Es blieb uns unverständlich, daß selbst solche Untaten wie der 8. Nov. 1938 mit den Judenverfolgungen auf die Masse der Bevölkerung nicht abstoßender und aufklärer wirkten wie es der Fall gewesen ist. Die Haltung, die Männer wie Keitel, Brauchitsch, Raeder und die Befehlshaber der Wehrkreiskommandos einnahmen, ließ bei uns schon damals den Verdacht aufkommen, daß mit diesen Männern kein Staatsstreich zu führen ist, da sie sich schon viel zu weit dem System ergeben hatten. Das Oberkdo. der Wehrmacht brach völlig auseinander, Jodl mit dem Führungsstab und Reinecke mit dem Allg. Wehrmachtsamt erwiesen sich als Anbeter Hitlers und treue Stützen Keitels. Canaris mit der Abwehr und ich mit dem Wehrwirtschaftsstab lernten das System in größter Schärfe ab. Diese Monate brachten mich mit Canaris, besonders aber mit dessen Chef Oberst Oster, in engste Verbindung. Da ich von Keitel von allen grundlegenden Besprechungen ausgeschaltet wurde, waren Canaris und Oster für mich die Hauptschrichtenquellen.

Ich sah es in diesen Monaten als meine Hauptpflicht an, gegen die Irrlehren der Nazipropaganda, in Sonderheit des Nazibundes der Technik, und der Gauwirtschaftsberaterfront zu machen und die deutschen Wirtschaftsführer, soweit sie sich nicht schon dem Nazismus verschrieben hatten, über die wahre wehrwirtschaftliche Lage Deutschlands und der übrigen europäischen Staaten aufzuklären und überall in aller Offenheit zu erklären, daß Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen keinen langen Weltkrieg durchhalten kann. Auch die mir unterstehende Wehrwirtschaftsorganisation wurde angewiesen, diese Linie zu vertreten. Ich selbst habe in diesen Monaten mehrmals in ernster Form die Rüstungsinspektoren über die tatsächliche Lage unterrichtet und sie angewiesen, meine Auffassung zu verbreiten. Allerdings war ich noch im Frühsommer 1939 der Auffassung, daß Hitler vor 1942 den Weltkrieg nicht vom Zaune brechen würde, und ging auf einen längeren Urlaub. Auf diesem Urlaub traf ich Minister Popitz, freundete mich mit ihm an und wir wurden uns einig, daß wir gemeinsam daran arbeiten müßten, einen neuen Weltkrieg zu verhindern.

Als ich vom Urlaub zurückkehrte, waren die Vorbereitungen zum Polenkrieg in vollen Gange. Die Unterlagen, die Canaris und Oster beibrachten, bewiesen, daß Hitler durch Provokationen aller Art die Auseinandersetzung mit Polen suchte. In zahlreichen Besprechungen zwischen Gördelar, Popitz, Beck, v. Hassel, Canaris, Oster und mir wurden wir uns klar, daß ein Polenkrieg nicht mehr zu umgehen war und daß es daher unsere Pflicht sei, darauf hinzuwirken, daß dieser Krieg sich nicht zu einem neuen Weltkrieg auswachse. Wir schlossen uns zu der Gemeinschaft zusammen, die der Kern der Oppositionsbewegung wurde. Ich bin über die Rolle, die v. Hassel bei dem diplomatischen Vorspiel des Krieges gespielt hat, nicht genügend unterrichtet, um seine Tätigkeit schildern zu können. Ich weiß nur, daß die Gestapo mich nach meiner Verhaftung immer wieder auf meine Unterhaltungen mit Hassel vor dem Kriege festlegen wollte, was ich aber abstreiten konnte, da keine schriftlichen Unterlagen darüber vorlagen. Ich selbst habe etwa 14 Tage vor Ausbruch des Krieges eine kurze Denkschrift über die Unmöglichkeit Deutschlands, einen neuen Weltkrieg durchzuhalten, aufgestellt, über deren Vortrag bei Keitel und Halder ich schon in meinen früheren Ausführungen eingehend berichtet habe. Es ist mir ohne Einblick in meine Akten und bei der übergroßen Arbeitslast, die auf mir in diesen Wochen lag, nicht mehr möglich, Einzelheiten aus dem Ablauf der Dinge darzulegen. Ich weiß nur, daß wir auf das Höchste empört waren, als Oster uns mitteilte, daß deutsche SS-Verbände in polnischer Uniform polnische Angriffe vortäuschen und deutsche Heeresverbände in polnischer Uniform zur überraschenden Besetzung von Brücken im Korridor angesetzt werden sollten.

Buchen

Ich war in diesen Tagen Gegenstand zahlreicher Besuche von deutschen Wirtschaftsführern, die jetzt erst erkannten, wohin der Weg Hitlers führte und die alle meine Auffassung teilten, daß Deutschland einen neuen Weltkrieg mit der anglo-amerikanischen Wirtschaftsmacht als Gegner nicht durchhalten kann. Am Abend vor dem ersten Angriffstermin gegen Polen suchten mich Schacht, Gisevius und Oster in meiner Wohnung auf, um mich zu veranlassen, den letzten Versuch zu machen, den Krieg zu verhindern. Wir fuhren noch in der Nacht zu Canaris und erfuhren dort, daß der Termin verschoben sei, da noch diplomatische Verhandlungen im Gange seien. Auch ein letzter Versuch, Keitel von der Gefahr einer Ausweitung des Polenkrieges zum Weltkrieg zu überzeugen, mißlang. Keitel erklärte, daß der Führer keinen Weltkrieg führen werde.

Die Reichstagsatzung vom 1.9.39. mit der Hitlerschen Todesdrohung gegen alle, die direkt oder indirekt gegen den Krieg arbeiten, schloß uns nur noch fester zusammen. Mehrere Besprechungen in der Wohnung von Popitz zwischen Popitz, Hassel, Beck und mir und in der Wohnung von Beck, Gördelar, Oster, Dohnanyi und mir führten zu der einheitlichen Auffassung, daß Hitler und seine Regierung beseitigt werden müssen, ehe ein Krieg im Westen losbricht. Das Theater-Attentat im Bürgerkeller bestätigte nur die Dringlichkeit des Unternehmens. Die entscheidende Frage war das "wie" und "was wird hinterher", wenn der Staatsstreich gelungen ist. Bei Beck lagen die Pläne Osters

Inst.

vor, wie die Durchführung möglich wäre, wenn sich die Regierung in Berlin befindet. Die Voraussetzung hierfür war die Mitarbeit des Ob.d.H. und des Befehlshabers der Heimat, General Fromm. Beide Persönlichkeiten waren nach bisherigen Beobachtungen unzuverlässig.

Ich habe in den Besprechungen folgende Auffassung vertreten:

- 1.) Das Unternehmen muß als "legaler" Staatsstreich des Heeres aufgezogen werden und darf nicht einen Putsch einer Einzelgruppe von Offizieren darstellen.
- 2.) Infrage kommt dafür nur ein Heeresverband, da die Luftwaffe völlig nazistisch und die Marine auch nicht zuverlässig ist. Als einzigen älteren Offizier der Luftwaffe, den ich als nazifeindlich kannte, bezeichnete ich damals General d.L. Granert.
- 3.) Die Beseitigung Hitlers darf nicht durch Attentat erfolgen, da sonst Hitler im deutschen Volke als Märtyrer weiterleben würde. Er und seine Regierung müssen vor einen Staatsgerichtshof gestellt werden.
- 4.) Eine besonders wichtige Aufgabe ist die Aufklärung des deutschen Volkes nach gelungenem Staatsstreich, um den Bürgerkrieg zu verhindern, da ich die Anhängerschaft Hitlers im deutschen Volk trotz den Krieges als mindestens 75% bezeichnete.

Die Besprechungen hatten zunächst nur den einen klaren Erfolg: Alle waren sich einig, daß die Regierung nur durch einen klaren Staatsstreich zu beseitigen sei und daß dafür das Ob.d.H. oder zumindest der Chef des Gen.St. des Heeres gewonnen werden müsse. Girdeler und Popitz glaubten durch persönlichen Vortrag den Ob.d.H. umstimmen zu können.

Ich übernahm es, diesen Vortrag bei Brauchitsch zu arrangieren und vorher Halder über unsere Auffassung zu unterrichten. Am 26. Nov. 1939 erschienen außerdem Oster und Dohnanyi bei mir und sagten mir, daß jetzt klare Grundlagen dafür vorliegen, daß sich der Krieg zum Weltkrieg auswächst. Canaris habe schon zweimal Halder gewarnt und sei nicht mehr bereit, noch ein drittes Mal bei Halder vorzusprechen. Es sei aber unbedingt notwendig, daß der deutsche Westangriff verhindert wird. Beck und er (Oster) baten, daß ich Halder nun schnellstens für den Staatsstreich gewinne. Ich sagte zu und hatte am 27. II. die zweistündige Aussprache mit Halder, über die ich in meinen früheren Bearbeitungen eingehend berichtet habe und die zum Anlaß meiner Verhaftung wurde.

*Mit 14. 11. 1939
nach dem
H. G. G.*

Ich bin noch heute der Auffassung, daß die Beseitigung der Hitler-Regierung zu diesem Zeitpunkt ohne große Schwierigkeiten möglich gewesen und daß der Ob.d.H. mit dieser Tat den Weltkrieg und das Unglück Deutschlands hätte verhüten können. Die Verhältnisse lagen in diesen Monaten günstiger denn je, denn

- 1.) Die Reichsregierung, und das F.H.Qu. waren geschlossen in Berlin,

- 2.) Das Heer hatte den großen Erfolg des Polenkrieges hinter sich.
- 3.) Die SS war zahlenmäßig noch verhältnismäßig gering.
- 4.) Die neu ernannten R.Vert. Kommissare (Gauleiter) hatten noch keine Erfahrung und noch keine Macht hinter sich.
- 5.) Das ganze Lügensystem der Kriegsvorbereitung, der geplante Überfall auf Norwegen, Holland und Belgien, sowie die wahren Vorgänge des Bürgerbräu-Attentates konnten aufgedeckt werden.
- 6.) Die Mordtaten der SS in Polen konnten dem Volke bekannt gegeben werden.
- 7.) Mit der Regierung Chamberlain war eine Verständigung möglich, die Gewinnung der Grenzen von 1914 im Osten stand im Bereich der Möglichkeit.
- 8.) Die Masse des deutschen Volkes hätte eine Regierung des Friedens begeistert begrüßt, wenn sie über die wahren Ziele Hitlers und die Unmöglichkeit den Krieg zu gewinnen, aufgeklärt worden wäre.

Das Ergebnis der Aussprache war höchst unbefriedigend. Die Erkenntnis, daß General v. Brauchitsch für die Durchführung des Staatsstreiches völlig ausfiel und daß General Halder nicht bereit war, Brauchitsch zu überspielen, bedeutete für die Opposition eine große Enttäuschung. Trotzdem wurde der Plan nicht aufgegeben. Beck suchte Halder persönlich auf, ich übermittelte einen schriftlichen Gedankenaustausch zwischen Halder und Gördeier, in dem sich Halder Ostern 1940 dahin aussprach, daß das Heer auch gegen die Regierung handeln würde, wenn Deutschland einer Katastrophe zusteuert. Ich selbst fuhr nach Frankfurt zum A.O.K. Witzleben, orientierte in Abwesenheit Witzlebens seinen Chef General v. Sodenstern über die Lage und bat ihn, die Heerführer der westlichen Heeresgruppen in unseren Anschauungen zu beeinflussen und einen Angriff im Westen zu sabotieren. Währenddessen hatten Oster und Dohnanyi zusammen mit Botschafter v. Hassel über ihre katholischen Beziehungen in München (Dr. Joseph Müller) einen Schritt eingeleitet, den ich in dieser Form nie gebilligt habe. In der Hoffnung, daß das O.K.H. zu einem Staatsstreich bereit sein würde, wenn damit ein Frieden mit England sichergestellt wäre, hatten sie über den Vatikan die Verbindung mit England gesucht. Daß Offiziere des O.K.W. einen solchen Schritt taten, ging gegen mein soldatisches Empfinden. Diplomaten und die Kirchen konnten einen solchen Weg gehen, Soldaten durften es nicht. Ich wurde mit diesem Schritt überrascht, als ich im April 1940 auf 14 Tage ein Sanatorium in Dresden aufgesucht hatte. Auf die Nachricht Osters, daß ich dringend für einen Schritt bei Halder in Sachen unserer Opposition benötigt würde, fuhr ich nach Zossen, wo mir Oster das Ergebnis des Schrittes beim Vatikan übergab. Ich stellte meine Bedenken zurück und habe das Schriftstück Halder übergeben mit der Bitte, Hassel für die näheren Erläuterungen heranzuziehen, da ich nicht in der Lage war, nähere Auskünfte zu geben.

Dieser Schritt Osters ist auch ohne Wissen von Canaris erfolgt, er hätte m.E. nur erfolgen dürfen, wenn vorher klar gestellt war, daß das OKH zum Staatsstreich bereit war. Durch den Schritt beim Vatikan mußte den Alliierten die Zerrissenheit der Obersten Führung in Deutschland offenbar werden, was nicht zur Stärkung der Friedensbereitschaft dienen konnte.

Da auch diese Aktion am Widerstand von Brauchitsch verpuffte, wurde man sich innerhalb der KKK Opposition klar, daß andere Wege zur Beseitigung Hitlers gesucht werden mußten. In dieser Zeit schloß sich General Olbricht der Opposition an, der als Chef des Allg. Heeresamtes durch seine engen Verbindungen zu den Oberkommandos der Front und zu den stellv. Wehrkreisbefehlshabern der Heimat ganz andere Beziehungen hatte als ich. Er wie ich vertraten weiter den Standpunkt, daß die Beseitigung Hitlers nur durch eine geschlossene Truppe als Aktion des Heeres erfolgen durfte, von anderer Seite wurde bereits damals die Frage des Attentates zur Debatte gestellt.

Der überraschende Verlauf des Westfeldzuges und die Schwäche der englischen Luftstreitkräfte gaben unseren Meinungen Unrecht. Mehr denn je wurden wir Männer der Opposition als Schwarzseher und Defaitisten gebrandmarkt. Die Sommermonate 1940 bedeuteten eine Krise für die Opposition. Sie wurde überbrückt, indem unter Leitung von Popitz mehrfach Besprechungen stattfanden über die Grundlagen einer künftigen Regierung, an denen in erster Linie Popitz, Gürdeker, Planik und Beck teilnahmen. Ich hatte bei der ersten Besprechung gebeten, mich von Besprechungen über die neue Regierung ausszuschalten, da ich nach dem Umsturz nicht als Soldat, Politiker oder Beamter tätig sein wollte, sondern innerhalb der deutschen Privatwirtschaft eine Tätigkeit suchte. Außerdem war ich durch meine Stellung auf das Höchste überbelastet. Planik übernahm es, mich zu orientieren.

Inzwischen war es dank der Tätigkeit von Oster, Olbricht und Gürdeker gelungen, auch in der Truppe Persönlichkeiten zu finden, die als Zellen für eine Opposition geeignet waren. (v. Treskow und Dr. v. Schlaberndorf).

Der Entschluß Hitlers, Sowjet-Rußland zu überfallen, brachte die Tätigkeit der Opposition wieder in Fluß. Uns war aber völlig klar, daß die überraschenden Erfolge der Wehrmacht im Westen und die hohen Ehrungen, die die Oberbefehlshaber in der bewußten Reichstagssitzung durch Hitler erfuhren, unsere Arbeit noch erheblich schwieriger gestalten würden. Canaris, Oster, Olbricht und ich, alle die wir mit Keitel zu tun hatten, wurden uns klar, daß Keitel und Jodl völlig im Bann Hitlers standen und daß jeder Versuch, über sie Einfluß auf den Ablauf der Dinge zu erhalten, völlig hoffnungslos war. Canaris und ich haben im Verlaufe des Jahre mehrfach den Versuch gemacht, Keitel gegen die Untaten der SS und der Parteidienststellen hochzubringen. Alles war vergeblich, er sowie Jodl wurden willenslose Werkzeuge Hitlers. Keitel ging in seiner schwächlichen Haltung so weit, daß er uns Amtschefs verbot, in irgend einer Weise eine Stellung gegen Befehle und Weisungen Hitlers in Schriftstücken oder Berichten einzunehmen, ja sogar daß er forderte, alle Berichte so optimistisch zu färben, daß sie im Führerhauptquartier keinen Anstoß erregen könnten. Vom Jahre 1943 ab

bedrohte er jeden Untergebenen, der dagegen verstieß, mit der Auslieferung an die Gestapo. Alle unsere Bemühungen gingen daher darauf hinaus, doch noch den Chef d.G.SZ. des Heeres, General Halder, für unsere Gedanken zu gewinnen. Sowohl General v. Stülpnagel als auch Canaris und ich haben Halder mehrfach versucht davon zu überzeugen, daß ein Krieg gegen Sowjet-Rußland zu einem schweren und langen Materialkrieg führen muß, in dessen Zeit Amerika seine ganze Wirtschaftskraft entfalten und zum Einsatz bringen kann. General Halder hat unsere Gedanken stets anerkannt und stand innerlich völlig auf unserer Seite. Der Entschluß, gegen den Willen seines Oberbefehlshabers zu handeln, war ihm aber nicht abzurufen.

Kurz vor Beginn des Ostfeldzuges erlitt die Opposition eine neue schwere Schlappe, indem Feldmarschall v. Reichenau, nachdem er sich 1939 noch als Gegner des Krieges erklärt hatte, eine uns unverständliche Propaganda für den "Feldherrn Hitler" eröffnete, die von der Nazipresse und in den Truppen-Propagandaschriften in größter Form ausgeschlachtet wurde. Erneut standen wir Männer der Opposition wieder vor den Trümmern unseres vorsichtigen Aufbaues unserer Gegenorganisation in der Truppe. Es bleibt das große Verdienst Gördelers, daß er trotzdem alle unsere Versuche, das O.K.H. zum Handeln zu bewegen, fehlschlagen, er immer wieder durch schriftliche Abhandlungen und persönliche Vorstöße dazu beitrug, daß neue Wege versucht wurden. Ebenso haben Olbricht und Oster durch Entsendung von Vertrauensleuten zur Front den Gedanken der Opposition in der Truppe laufend zu stärken versucht.

Nachdem der Ostfeldzug losgebrochen war und die Befehlshaber von Hitler jenen gegen alle Kriegsgesetze verstoßenden Befehl zum rücksichtslosen Vorgehen gegen die russische Zivilbevölkerung erhalten hatten, glaubten wir jetzt bei den Oberbefehlshabern der Front mehr Verständnis für unsere Ziele zu finden als beim O.K.H. Olbricht nahm mit verschiedenen Befehlshabern Verbindung auf, Gördeler selbst fuhr zu Feldm. Kluge und fand dort wohl Verständnis, aber keine Entschlußfähigkeit. Auf Grund einer Aussprache bei Beck, bei der Gördeler in Gegenwart von Olbricht, Oster und mir über seine Eindrücke bei Kluge Bericht erstattete, wurde beschlossen, weiter zu versuchen, einen der obersten Befehlshaber für die Durchführung des Staatsstreiches zu gewinnen. Ich suchte im Verfolg dieser Absicht im Frühsommer 1941 die Oberbefehlshaber Feldm. v. Rundstedt (Chef Sodenstern), Beck (Chef Greiffenberg) und Leeb auf und übergab den Chefs eine schriftliche Ausarbeitung, aus der hervorging, daß wir den Krieg aus wehr- und rüstungswirtschaftlichen Gründen nicht gewinnen können. Sodenstern und Greiffenberg zeigten volles Verständnis für unsere Lage, waren aber der Auffassung, daß ihre Oberbefehlshaber zu keiner Tat zu bewegen seien. Im Stab Leeb war so gut wie kein Verständnis für unsere Gedanken zu finden. Über die mehrfachen Versuche der Gruppe Oster - Dohnanyi und ihrer Vertrauensleute bei den Armeen im Osten durch ein Attentat ein fait accompli zu schaffen, kann ich keine näheren Aussagen machen, da darüber stets nur die Beteiligten unterrichtet waren. Währenddessen hatten zwischen Beck, Gördeler, Popitz und später unter Zuziehung von Witzleben und dem von Hitler aus der Armee gesteuerten Generaloberst Hoppner Besprechungen stattgefunden, in denen die provisorische Regierung - das Direktorium

Beck-Gördele-Witzleben - festgelegt wurde. Soweit ich mich erinnere, haben Oster und Bohmanyi mich über diese Einigung der ~~suszeit~~ zuerst auseinandergelassen Auffassungen im Frühjahr 1942 unterrichtet.

Da auch alle Versuche mißlingen, einen der Oberbefehlshaber für den Staatsstreich zu gewinnen, entschlossen sich Gördeler und ich im Sommer 1942 einen "fingierten Warnruf der deutschen Wirtschaft" auszuarbeiten, in dem die Wirtschaft dem OKH nochmals die aussichtslose Lage auf wirtschaftlichem Gebiet und die Unmöglichkeit, den Krieg zu gewinnen, darlegte. Diese Schrift ließen wir von dem stellv. Führer der Reichsgruppe Industrie, Generaldirektor Stahl, einem führenden Bankier, 2 Landwirten und von Gördeler unterschreiben und legten sie General Halder vor. Weder diese Schrift noch zwei weitere Besuche meinerseits bei Halder, bei denen ich ihm nachwies, daß Rußland nur zu schlagen ist, wenn man bis zum Ural vorstößt, hatten den gewünschten Erfolg. Halder äusserte sich in schärfster Form über Hitler, Keitel und Jodl, erklärte aber, daß er nicht in der Lage sei, dem Wahnsinn dieser Verbrecherelique zu steuern. Der Wehrmachtsführungsstab hatte sich auf Weisung Hitlers so in die Einzelheiten der Truppenverwendung hineingedrängt, daß es damals für den Chef des Gen.St. auch zweifellos schwer gewesen wäre, irgend eine Truppe für Zwecke eines Staatsstreiches herauszuziehen und bereitzustellen.

Im Sommer 1942 suchte ich Generalfeldm. List in Stalino auf und bat ihn, Gördeler zu empfangen, da wir in List noch einen Mann der Tat sahen. Wenige Tage später war List vor Hitler als Oberbefehlshaber abgelöst. Auch Olbricht gab sich eine erdenkliche Mühe, andere Oberbefehlshaber wie Generaloberst Reinhardt und Generaloberst Heinrici für uns zu gewinnen. Der Heldentod seines Sohnes hatte Olbricht zum fanatischen Hassler von Hitler gemacht. Im Herbst 1942 und nachdem alle Versuche, einen der Oberbefehlshaber der Front für den Staatsstreich zu gewinnen, fehlgeschlagen waren, neigte General Olbricht stark zu dem Entschluß, den Staatsstreich von Seiten des Heimatheeres in Gang zu setzen. Gördeler und Popitz, denen die sich immer mehr verschlechternde militärpolitische Lage größte Sorge machte, begrüßten diesen Gedanken. Ich war ein Gegner dieser Idee und warnte davor, denn ich hielt es - solange Generaloberst Fromm an der Spitze des Heimatheeres stand - für ausgeschlossen, daß der Staatsstreich gelingen würde. Auch war mir klar, daß - wenn nicht ein Teil der Front daran beteiligt war - die Front diese Tat als Dolchstoß bezeichnen würde und die Masse der Oberbefehlshaber, die ihre Stellungen alle der Gnade Hitlers verdankten, gegen die Heimat Stellung nehmen würden. Beck, Oster, Planck und ich hielten es für unbedingt erforderlich, wenigstens einen der Oberbefehlshaber der Front für eine Mitarbeit zu gewinnen. Gördeler war mit dem Laudern der schastischen Mitglieder der Opposition nicht einverstanden und versuchte, neue Wege zu gehen, indem er sich mehr jüngeren soldatischen Kreisen näherte. Ich entsandte im Winter 42/43 den mir sehr ergebenen Oberst Bentler, der ehemaliger Generalstabsschüler von Generalfeldmarschall v. Manstein war, zu Manstein und ließ ihn über die Lage und die Notwendigkeit der Beendigung des Krieges durch Beseitigung der Regierung unterrichten. Manstein bejahte die Notwendigkeit,

Bentler

Institut

aber erklärte die Zeit für die Beseitigung Hitlers noch nicht für reif genug. Auch Beck wandte sich schriftlich an Manstein. Inzwischen förderte Olbricht seine Idee, das Heimatheer für den Staatsstreich vorzubereiten, dadurch erheblich, daß er die Organisation der "Walküre" Division für diesen Zweck einspannte und außerdem mit Hilfe eines Offiziers des Heerespersonalamtes sich bei jedem stellv. Wehrkreiskd. einen älteren Vertrauensoffizier schuf, der in unseren Gedanken lebte und arbeitete.

Der deutsche Zusammenbruch von Stalingrad brachte die Opposition in eine neue ernste Lage. Hitler fing an zu erkennen, daß er sich in der Widerstandskraft der Alliierten völlig getäuscht hatte und daß alle Energien des deutschen Volkes aufgerufen werden mußten, wenn ein leidlicher Kriegsausgang erzielt werden sollte. Der totale Krieg wurde erklärt, der Terror auf allen Gebieten verschärft, die Widerstands- und Durchhaltekraft in allen Befehls- und Dienststellen mit allen Mitteln hochgepeitscht. Wo in den Truppen und Dienststellen noch keine Spitzel von Partei und Gestapo saßen, wurden sie hineingesetzt. Der Weizen für den Chef des nationalsoz. Führungsstabes der Wehrmacht, General Reinecke, blühte, die Verleumdungs- und Verhaftungswelle stieg in das Ungemessene. Aus unserem Kreise wurden Dohnanyi und der Gesandte Kiep verhaftet, wir selbst wurden von den verschiedensten Seiten zu größter Vorsicht ermahnt und gewarnt. Andererseits ging mit jedem Monat mehr die Möglichkeit dahin, daß durch den Staatsstreich das deutsche Volk vor einem Zusammenbruch und einem Diktatfrieden bewahrt werden konnte. Planck, ich und später auch Oster haben nach dem Zusammenbruch von Stalingrad auf dem Standpunkt gestanden, daß eine Beseitigung Hitlers durch ein Attentat jetzt - nachdem der Krieg endgültig verloren war - nicht mehr am Platze war, wenn es nicht zugleich gelang, eine Verständigung mit den Westmächten herbeizuführen. Wir waren der Auffassung, daß bei einem Gelingen des Attentats auch eine neue Regierung von den Alliierten auch nur einen Schmachfrieden erhalten würde, da die Verbrechen des Hitlersystems zu groß waren, um ungesühnt vergessen zu werden. Die Masse des deutschen Volkes aber hätte dann das Attentat nur als egoistische Handlung der reaktionären Generäle und Junker angesehen, Hitler wäre zum Märtyrer erklärt worden und zum Unglück von außen wäre der Bürgerkrieg gekommen. So wie sich der Betrug, die Lüge und der Terror im deutschen Volke ausgewirkt hatte, mußte das Nazi-System, um vernichtet zu werden, den Krieg bis zum Ende durchkosten. Keiner von uns hat allerdings je angenommen, daß Hitler in seinem Egoismus und Verbrechertum soweit gehen würde, daß er das deutsche Volk, das deutsche Land und die deutsche Kultur opferte, nur um einige Wochen länger sein verbrecherisches Leben fristen zu können. Die Mehrzahl der Herren der Opposition waren anderer Auffassung. Soweit ich von Olbricht unterrichtet worden bin, vertraten besonders die jüngeren Offizierskreise - Männer wie Graf Stauffenberg, Stief, v. Treskow, Weixner - in deren Hand sehr stark die praktischen Vorbereitungen für den Umsturz lagen, die Ansicht, daß auch jetzt noch der Staatsstreich versucht werden müsse,

um das Letzte für das deutsche Volk zu retten und um die Ehre des deutschen Soldaten und des deutschen Volkes, die das Hitler-System durch seine Taten auf das Schwerste beschmutzt hatte, wieder herzustellen.

Ich habe zu diesem Zeitpunkt meine Dienststelle als Chef des Wehriwtschaftsamtes verlassen, nachdem ich schon 1/4 Jahr vorher meine Ablösung als Chef des Rüstungsamtes im Reichsmin. für Bew. und Munition gefordert hatte, da mein Gewissen nicht mehr zuließ, nach den Richtlinien und mit den Männern dieses Ministeriums zu arbeiten. Auch Canaris und Oster wurden bald darauf ihrer Posten enthoben. Keitel entledigte sich auf diese Weise aller Persönlichkeiten, die versucht hatten, gegen den Krieg und die damit verbundenen Verbrechen des Nazisystems anzugehen und durch die er sich vor seinem Führer Adolf Hitler selbst belastet fühlte.

Mir ist bei meiner Entlassung eröffnet worden, daß ich einmal wegen meiner steten Differenzen mit Dr. Todt und Speer, vor allem aber wegen meiner "schwarzseherischen und defaitistischen Einstellung" abgelöst würde, oder wie sich Keitel ausdrückte, wegen meines Fehlers, daß ich meine Ansicht und meine Stellungnahme gegen den Krieg und die Möglichkeit, ihn zu gewinnen, laut und offen vertreten und mich daher im Führerhauptquartier unmöglich gemacht habe. Welche Gründe in Wirklichkeit zur Beseitigung von Canaris und Oster geführt haben, weiß ich nicht, da sowohl Keitel wie Canaris und Oster darüber Stillschweigen bewahrten.

Umsomehr halte ich mich verpflichtet, zu einem Punkte klare Stellung zu nehmen, der bei meinen Vernehmungen vor der Gestapo und in meiner eigenen Verteidigung eine große Rolle gespielt hat, meine Einstellung zum Landesverrat im Kampfe der Opposition gegen Hitler und den Krieg. Mir wurde, da ich 2 Monate später als Canaris und Oster verhaftet wurde, gleich bei der ersten Vernehmung bei der Gestapo mitgeteilt, daß sich die Abwehr unter Canaris, in Sonderheit aber Oster und Dohnanyi seit Jahren des Landesverrats schuldig gemacht hätten und daß ich durch meine enge Zusammenarbeit mit der Abwehrabteilung daran Anteil hatte. Auch wurde mir an verschiedenen Beispielen, die ich nicht widerlegen konnte, nachgewiesen, daß ein großer Teil der Nachrichten, die Oster und Dohnanyi der Opposition gegeben hatten, gefälscht gewesen seien. Ich habe mich gegen den Vorwurf des Landesverrats, der sich auf schriftliche Aufzeichnungen Dohnanyis gegründet haben muß, auf das Schärfste gewahrt, da ich stets auf dem Standpunkt gestanden habe, daß sich die Opposition in ihrem Kampf gegen Hitler nie landesverräterischer Schritte zu Schulden kommen lassen durfte. Nachdem mir bei meiner Vernehmung mitgeteilt worden war, daß Oster und Dohnanyi ihre landesverräterische Tätigkeit mit größtem Zynismus zugegeben hätten und meine Beteiligung durch die Dohnanyischen Aufzeichnungen erwiesen sei, blieb mir zu meiner eigenen Rettung nichts anderes übrig, auch der Gestapo gegenüber von der angeblichen landesverräterischen Tätigkeit der Herren der

Institut

Abwehr scharf abzurücken. Die Behauptung der Gestapo, daß Oster Holland, Belgien und Norwegen vor dem bevorstehenden deutschen Angriff im Jahre 1940 gewarnt hätte, ist so ungeheuerlich, daß ich nicht daran glaube. Auch haben Canaris und ich aus den weiter vorn ausgeführten Gründen stets abgelehnt, an der Einleitung der Verhandlungen mit England im Jahre 1940 beteiligt gewesen zu sein. Wenn ich mich dann auf Bitten Osters bereit fand, die Antwort des Vatakans an General Halder zu übermitteln, so tat ich es, weil ich keine Möglichkeit verübergerhen lassen wollte, die Ausweitung des Polen - Krieges zum Weltkrieg zu verhindern. Gebilligt habe ich diesen Schritt nie, da nach meiner Auffassung die Beseitigung des Hitler-Regimes ohne Beteiligung des Auslandes hätte erfolgen müssen.

Trotzdem ich diese Schritte der Abwehr abgelehnt habe und noch ablehne, bin ich der Auffassung, vor allem nachdem ich durch Dr. Joseph Müller - München die tatsächlichen Vorgänge erfahren habe, daß Canaris und Oster in allen ihren Schritten und Maßnahmen nur das Wohl des deutschen Volkes und des Vaterlandes im Sinne gehabt und in heißer Vaterlandsliebe gehandelt haben, und daß irgendwelche egoistische Gedanken sie in keinem ihrer Schritte beseelt haben. Beide haben im Kampf gegen Hitler Hervorragendes geleistet und sich voll eingesetzt. Nur ist bedauerlich, daß sie sich durch Form und Inhalt ihrer Aufzeichnungen selbst auf das Schwerste belastet haben. Was Dohnanyi, der aufgrund seiner untergeordneten Stellung keine Veranlassung hatte, so schwerwiegende und leichtfertige Aufzeichnungen zu machen, veranlaßt hat, diese Sammlung von Dokumenten, die uns alle schwer belastet hat, vorzunehmen, weiß ich nicht. Er mußte als Jurist und geschulter Mann der Abwehr wissen, welche Gefahr derartige Materialsammlungen bedeuten. Ich kann daher nur annehmen, daß bei ihm und besonders bei seinem großen Haß gegen Hitler der Wunsch eine Rolle gespielt hat, nach Gelingen des Attentats als Ankläger gegen das System und gegen alle, die es unterstützt haben, auftreten zu können. Seine Ansichten und Kampfmittel entsprachen nicht meiner soldatischen Auffassung. Fest steht, daß die Gestapo vor dem 20.7. so gut wie keine Unterlagen über das Bestehen der Opposition gehabt hat und daß nur durch die schriftlichen Aufzeichnungen, die besonders bei Gerdeler und Dohnanyi gefunden wurden, und durch den unsagbaren Terror, den sie bei den Vernehmungen ausübte, der Gestapo das Material in die Hände gefallen ist, was sie als Grundlage für ihr Schreckensgericht brauchten.

Die von Kriegsbeginn an von den Nazis gegen mich getriebene Hetze hatte mich zu größter Vorsicht veranlaßt. Aus meinem Amt waren über meine Arbeit in der Opposition nur mein Adjutant Oberstl. Doehner, mein Chef-General Hünermann, Dr. Reuter und Dr. Tomberg unterrichtet. Von meinen Abteilungschefs waren General d.L. Becker und die Aspitäne Meedsen - Bühlken und Rieve parteifreundlich, General Becht und Oberst Neef undurchsichtig. Der Min.Dir. Ziehm, Oberst Tietze und die Herren unseres engeren Stabes waren scharf nazifeindlich und mir treu ergeben. Im übrigen war ich mir aber klar, daß mir seitens der Partei und seitens des SD zahlreiche Spitzel in das Amt gesetzt waren, die mich stark überschatteten.

Zur kriegsgeschichtlichen Festlegung meines Kampfes gegen den Krieg ließ ich zu Beginn des Krieges in meine Telefonanlage ein Aufnahmegerät einbauen, um alle telefonischen Aussprachen, in Sonderheit mit Keitel, Todt und Speer und sonstigen wichtigen Persönlichkeiten und meine persönliche Haltung festzulegen. Leider ist die Anlage mit dem gesamten Aufnahmematerial durch den englischen Bombenangriff am 16. Nov. 42. auf Berlin, bei dem mein gesamtes Amt zerstört wurde, vernichtet worden.

Die Anlage eines Tagebuches, wie es Canaris geführt hat, habe ich aus Sicherheitsgründen unterlassen. Ich habe Canaris oftmals gewarnt, das Tagebuch in dieser Form zu führen, da es für die gesamte Opposition eine große Gefahrenquelle darstellte. Canaris aber vertrat die Ansicht, daß er in seiner Stellung als Abwehr-Chef von Hitler, Göring und Keitel zu solchen verbrecherischen Taten veranlaßt würde, daß er seine gegenteilige Auffassung und seine Maßnahmen zur Reinigung seines Gewissens für die Nachwelt niederlegen müsse. Er war sich voll bewusst, welche Gefahr für ihn und uns alle damit verbunden war und war auch nicht gewillt, die abgeschlossenen Teile im Ausland sicherzustellen, wie ich es ihm mehrfach vorgeschlagen habe. Soweit ich weiß, haben Canaris, Oster und Dohnanyi ihr geheimes Material im Lager Zossen vergraben.

Da ich ab 1943 keine Befehlsbefugnisse mehr hatte und im Herbst 1943 Berlin verließ, habe ich an den weiteren Vorbereitungen der Opposition nur noch geringen Anteil gehabt. Bei Besuchen und Aussprachen mit dem italienischen Rüstungsminister Favagrossa, mit dem bulgar. Kriegsminister Mischeff, mit dem finnischen Rüstungschef General Graudell und Ende 1943 mit dem ungar. Gesandten Stojay habe ich diesen die wirkliche Lage klar auseinandergesetzt und ihnen die Notwendigkeit, unsere Regierungen zum Friedensschluß zu bewegen, vor Augen geführt.

Mitte 1943 kam es durch Vermittlung von Langbehn zu einer Aussprache zwischen Popitz und Himmler, durch die Popitz über Himmler Einfluß auf die Beendigung des Krieges zu bekommen suchte. Damit verbunden war der Wunsch auf Beseitigung Keitels und Ersetzung durch Witzleben. Ich vermittelte eine Aussprache Popitz - Witzleben, die aber erfolglos blieb, da Himmler trotz Drängen von Popitz diesen nicht mehr empfing.

Herbst 1943 suchte ich General v. Stülpnagel in Paris auf, um mit ihm die Möglichkeit zu besprechen eines "Hereinlassens" der Alliierten im Westen, gleichzeitiger Beseitigung der Hitler-Regierung und einer Zusammenfassung aller Kräfte zur Verteidigung des Ostens. Stülpnagel, der diesem Gedanken immer nahestand, hielt aber bei der Haltung der Oberbefehlshaber im Westen, bei der Einstellung der meisten Truppen und bei dem Verhändensein der zahlreichen SS-Verbände diesen Entschluß für nicht ausführbar. Stülpnagel war besonders unzufrieden mit dem Benehmen von Feldm.v. Rundstedt, der stets über das Hitlersystem schimpfte, aber immer wieder bereit war, Hitler in "treuer Pflichterfüllung" zu dienen.

Institut

Der Entschluß, die Beseitigung Hitlers und möglichst vieler Männer seiner Umgebung durch Attentat vorzunehmen, hatte im Jahre 1943 die Oberhand gewonnen. Gördeler, den ich im Winter wegen seiner leichtfertigen Telefongespräche aus meinem Amt ersuchen mußte, seine Besuche in meinem Amt einzustellen, suchte mich im Sommer 1943 in meiner Wohnung auf und teilte mir mit, daß seine Vorbereitungen abgeschlossen seien und daß er jetzt auf das Attentat dränge.

Der Besuch Hitlers im Hauptquartier von Gen.Feldm.v. Manstein im Dezember 1943 erweckte in uns allen die Hoffnung, daß Manstein doch noch zur Tat schreiten würde. Auch diese Gelegenheit ging verrüber, trotzdem Manstein in erheblichen Differenzen mit Hitler stand und zahlreiche Meldungen aus dem F.H.Qu. darauf hinwiesen, daß Hitler und seine Umgebung selbst mit der Gefahr eines Attentates rechneten.

Der völlige Zusammenbruch unserer Fronten im Frühjahr 1944 und die Sorge um Zukunft und Heimat führte mich besonders mit Planck und Olbricht zusammen. Planck stand mit mir auf dem Standpunkt, daß es jetzt zum Regierungssturz zu spät sei. Olbricht vertrat die Ansicht, daß es unsere Pflicht sei, das Letzte zu wagen. Anfangs Juli 1944 glaubte er zusammen mit dem Grafen Stauffenberg den Chef des Heimateeres Generaleoberst Fromm zum Losschlagen bewegen zu können. Auch schien er Hoffnung zu haben, daß sich Feldm. Kluge dem Schritt anschließen würde. Planck und ich waren der Auffassung, daß es jetzt Zeit sei, sich mit allen nazifeindlichen Kräften zu verständigen, um nach dem Abtritt der Hitler-Regierung eine neue demokratische Regierung bereit zu haben. Planck war zusammen mit dem Regierungspräsidenten von Bismarck dabei, diese Verbindung zu schaffen.

Der Kampf der beiden Kirchen gegen die Untaten des Nazisystems wurde von der Opposition tatkräftig unterstützt und die Hirtenbriefe und Predigten der evang. und kathol. Bischöfe und Prediger, die gegen das Nazisystem Stellung nahmen, vervielfältigt und über die Verbindungsorgane an die Truppe und im Volk verteilt. Die Verbindung zur kathol. Kirche wurde in der Hauptsache durch Dr. Joseph Müller in München hergestellt, mit der evang. Kirche war durch Popitz und Gördeler eine enge Verbindung vorhanden. Viele Geistliche haben dabei hervorragend gewirkt und sich für ihren Glaubenskampf geopfert. Über die Zusammenarbeit mit den emigrierten Kreisen im Ausland bin ich nicht genügend unterrichtet, um ihre Bedeutung darzulegen.

Es ist mir unmöglich, alle die Männer aufzuführen, die neben den bisher genannten in der Opposition tätig gewesen sind. Es ist mir aber eine Pflicht, die Namen zu nennen, die mir durch meinen eigenen Kampf besonders nahe getreten und mit mir die Leidenszeit im Gefängnis der Gestapo bzw. im Kz durchgemacht haben, Männer wie Dr. Niemöller, Dr. Schacht, Halder, Falkenhäuser, Dr. v. Schlaberndorf, Pfarrer Bonhöffer, Dr. Lüsser, General Lindemann, Leuschner, Staatssekretär Pünder, Rechtsanwalt Koch-Berlin, York v. Wartenberg, Dr. Reuter und die nächste Umgebung des Generals Olbricht.

Für uns Männer der Opposition, die wir aus Gründen der Vorbereitung des Staatsstreiches zur Beibringung des notwendigen Geheimmaterials und zur eigenen Sicherung und Tarnung unserer Absichten in unseren dienstlichen Stellungen bleiben mußten, war die Zeit von 1938 bis zum 20. Juli 1944 eine Zeit bitterster Gewissenskonflikte. Der Gedanke, dem Vaterlande dienen zu müssen und der Wille, das deutsche Volk von der Tyrannei und dem Verbrechen Hitlers baldmöglichst befreien zu müssen, brachten in unserem Dasein Situationen zu Tage, die nicht nur uns, sondern auch unsere Frauen und Familien nervlich auf das Schwerste belasteten. Die dauernde Überwachung unseres dienstlichen und zivilen Lebens, der immer fortschreitende Terror der Gestapo und sonstigen kleinen Schergen dieses Systems und die Gewißheit, daß uns in unserem eigenen Beruf von Männern wie Keitel, die Generäle Heinecke und Schmidt und ähnlichen Hitler-Größen immer mehr der feste Boden unter den Füßen weggezogen wurde, machte das Leben zu einer steten Krise. Aber auch in meinem dienstlichen Sondergebiet der Wirtschaft wurde für mich die Lage von Monat zu Monat kritischer. Es war mir unverständlich, daß früher sachlich denkende Männer der Wirtschaft den Ernst der Lage nicht sehen wollten, sich dem Druck des Speer-Ministeriums immer mehr beugten und nicht bereit waren, gegen den Wahnsinn der Fortsetzung des Krieges anzugehen. So wurden die letzten Kriegsjahre für uns Männer der Opposition, ja selbst für unsere Frauen zu einem Tanz auf dem Vulkan, dessen Schwere nur der ermessen kann, der dieses Leben mit seinem grausigen Ende in den Kellern der Gestapo und in den Kz's selbst mit erlebt hat.

Der Staatsstreich am 20.7.44. kam mir überraschend. Ich habe an der letzten Vorbereitung keinen Anteil und habe auch an ihm nicht teilgenommen, da ich mich in dieser Zeit in Muskau in Schlesien befand. Durch die Verhaftung aller Teilnehmer und durch meine eigene Verhaftung bin ich nie in die Lage gekommen, den eigentlichen Ablauf der Dinge und die Gründe der Auslösung des Staatsstreiches und des schnellen Zusammenbruchs kennen zu lernen. Ein Werturteil kommt mir daher nicht zu. Meine Ansicht in jenen Wochen war aber die, daß der Staatsstreich auf dieser schwachen Basis und in dieser ungenügenden Vorbereitung nicht stattfinden durfte. Ich habe damals nicht verstanden, daß so vorsichtige und kluge Männer wie Beck, Witzleben, Olbricht und Popitz sich bereitfinden finden konnten, der Auslösung des Staatsstreiches unter den gegebenen Verhältnissen zuzustimmen. Oder hat der Haftbefehl gegen Gördel das ~~Schicksal~~ frühzeitige Losschlagen hervorgerufen? Ich war von Anfang an, als ich die Nachricht vernahm, der Überzeugung, daß dieser Schritt ein großer Fehler war, der eine unsagbare Terroraktion seitens der Nazis hervorrufen mußte und die Wirkung haben würde, die ich immer gefürchtet hatte: eine weitere Befestigung der Stellung Hitlers im Volk, ein allgemeiner Haß gegen die Kräfte der Opposition und eine Verschärfung der Kriegsführung. Diese Auffassung und die Sorge um das Leben meiner Familie hat mich veranlaßt, in meiner Verteidigung vor der Gestapo nur

meinen langjährigen Kampf gegen Hitlers Kriegspläne zuzugeben, von dem Attentat vom 20.7.44. aber klar abszurücken.

Heute ist ein Jahr darüber vergangen und die Aufdeckung der wahren Vorgänge durch die Alliierten hat selbst mir, der ich von Anfang an mit den Hauptträgern der Opposition in engster Zusammenarbeit gestanden habe, über Vieles die Augen geöffnet, was ich noch vor einem Jahre nicht gewußt habe. Vor allem aber hat das unverantwortliche Handeln Hitlers und seiner Naziführerschaft in den letzten Kriegsmomente klar bewiesen, daß Hitler das deutsche Volk in der grausamsten und rück-sichtslosesten Weise geopfert hat, nur um sich und sein System noch länger an der Spitze dieses betrogenen Volkes halten zu können und daß noch vieles an Menschen, Wohnraum und Kultur hätte gerettet werden können, wenn der Staatsstreich vom 20.7.44. gelungen wäre.

Heute blicke ich daher mit höchster Verehrung auf die Männer, die den Staatsstreich trotz aller Mängel der Vorbereitung doch gewagt und dabei ihr Leben gelassen haben. Nach diesem grauen-vollen Verbrechen, was die Hitler-Regierung noch nach dem 20. Juli 1944 an den Tag gelegt hat, und bei dem unsagbaren Leid, das diese Verbrecher über das deutsche Volk gebracht haben, bin ich dankbar, daß unsere Männer der Opposition den Mut und die Kraft gefunden haben, wenigstens den Versuch zu machen, die deutsche Ehre zu retten. Unsagbares Unglück ist zwar dadurch über unzählige deutsche Familien gebracht worden, mittelalterliche Folter und Seelenqualen haben fast alle Be-troffenen ausstehen müssen und viele Familien sind durch das Mord- und Tyrannensystem dieser deutschen Regierung ausge-löscht worden. Aber die Welt hat durch diese Tat davon Kenntnis bekommen, daß im deutschen Volke trotz aller Tyrannei und allen Terrors seelisch und körperlich saubere Kräfte gelebt haben, die von Anfang an dieses verbrecherische und unsaubere System bekämpft und alles daran gesetzt haben, um diesen zweiten Weltkrieg, der dieses unsagbare Elend über die Welt gebracht hat, zu verhindern.

Die Anerkennung dieses Geistes der Opposition möge für die sieg-reichen Alliierten der Anstoß sein, dem schwer geprüften deut-schen Volke einen schnellen Wiederaufbau seiner Heimat zu er-möglichen, vor allem aber eine Verpflichtung, den Familien der Männer mit Rat und Tat beizustehen, die den Kampf gegen das Hitler-System mit dem Tode büßen mußten. Diesen toten Männern der Opposition X gilt unsere höchste Bewunderung und Treue. Sie haben in heiliger Pflichterfüllung ihr Leben gege-ben zur Wiederherstellung der von Hitler zerstörten deutschen Ehre.

Ehre ihrer Asche !

gez. Georg T h o m a s.

November 1945
Falkenstein i.T.

ZS-310/3-35

General Thomas:

Erfahrungen des (II.) Weltkrieges! Stand bis Anfang 1942.

o. D. 36 Bl.

(ZS 310, Bl. 33 - 68)

(Dubletten)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Auslandsabhängigkeit für Zink 25%, Blei 50%, Kupfer 70%, Zinn 90%, Nickel 95%, Aluminium (Bauxit) 99%. Bei Mineralölen etwa 2/3, Kautschuk 85 - 90% und in der gesamten Textil-Rohstoffversorgung ca. 70 %.

Andererseits hat sich der Rohstoffbedarf auf wichtigen auslandsabhängigen Gebieten gegenüber dem Weltkrieg durch die ständig fortgeschrittene Technisierung der modernen Wehrmacht, insbesondere der Entwicklung der Luft- und Panzerwaffe wesentlich erhöht, wodurch sich die Deckungsmöglichkeiten erheblich verschlechtern mußten.

Bei einzelnen Rohstoffen, wie N.E.-Metallen und Kautschuk waren nicht unerhebliche Vorratsreserven angesammelt. Da jedoch die Eigenherzeugung und die Einfuhrmöglichkeiten mit dem ständig steigenden Bedarf nicht mehr Schritt halten konnten, mußte bereits im Laufe des Jahres 1939 der Einsatz der für den Kriegsfall bestimmten Reserven für die laufende Produktion erfolgen. Bei Kriegsausbruch waren nur noch unbedeutende Reserven vorhanden.

Die unzureichenden Erzeugungsmöglichkeiten an kriegswichtigen Rohstoffen wie auch an wichtigen Nahrungsmitteln, insbesondere Fetten, sowohl in Deutschland als auch in europäischen Bau stellte ebenso wie im Weltkrieg eine entscheidende Schwäche des deutschen Kriegspotentials dar.

Deutschland verfügte bei Kriegsausbruch nur noch über geringe Gold- und Devisenreserven. Sie betragen etwa 500 bis 600 Millionen Reichsmark.

Der binnenländische Transportapparat entsprach nicht einmal den Friedensanforderungen.

Der Bedarf an Arbeitskräften, insbesondere an Fachkräften konnte in zunehmendem Masse nicht mehr gedeckt werden. Für 1939 wurde der gesamte Fehlbedarf auf 1 Million geschätzt.

Bei den Transportkapazitäten kam es seit Herbst 1937 in ständig zunehmendem Maße zu Spannungen, da sowohl bei der Reichsbahn als auch bei den Lastkraftwagen und der Binnenschifffahrt sämtliche Fahrzeugreserven restlos erschöpft waren. Bereits im Winter 1938/39 daher infolge der Transportschwierigkeiten schwere Störungen des Wirtschaftslebens, insbesondere in der Kohlenversorgung.

Der Fehlbedarf der Reichsbahn wurde damals auf 4500 Lokomotiven und 100 000 Güterwagen geschätzt.

Wieder wirtschaftlicher Durchhaltekrieg statt Krieg der schnellen militärischen Entscheidung:

Ziel der deutschen Führung mußte es sein, den Sieg so schnell zu erringen, daß die Schwäche des Versorgungspotentials gar nicht erst zum Tragen kommen konnte. Die Voraussetzung hierfür war die Schaffung einer wesentlichen, vor allem qualitativen Überlegenheit der militärischen Rüstung, insbesondere auf dem Gebiet der Technisierung. Diese Überlegenheit ist in den Jahren 1935-1939 tatsächlich erreicht worden, wie besonders deutlich die Entwicklung der Luftwaffe, der Panzerwaffe, wie überhaupt der ganzen Heeresmodernisierung zeigt. Ein Maßstab hierfür die Rüstungsausgaben. In den Jahren 1933 bis 1939 hat Deutschland allein für die Rüstung mehr ausgegeben als England, Frankreich und Polen zusammen.

Als die deutsche Führung sich im Sept. 1939 zu einer endgültigen Lösung des Konflikts mit Polen durch Waffengewalt entschloß, war sie fest davon überzeugt, daß es nur zu einem Krieg mit Polen kommen würde, der in kürzester Zeit siegreich beendet. Sie war auf Grund gewisser Informationen aus England und Frankreich trotz Warnungen von maßgebender Seite in festem Glauben, daß diese beiden Länder nicht zu ihren Polen gegenüber eingegangenen Garantieverpflichtungen stehen würden.

Hier war der erste entscheidende Irrtum der deutschen obersten Führung.

Dieser Irrtum erscheint völlig unverstänlich, weil von allen maßgebenden, gut unterrichteten Kreisen die gegenteilige Ansicht vertreten wurde, die deutsche oberste Führung mit ihrer Ansicht also ziemlich allein stand. Wie überzeugt man war, daß es nur einen kurzen Krieg gegen Polen geben würde, zeigt u.B., daß der Mob-Befehl für die gesamte Wirtschaft mit dem ausdrücklichen Vorbehalt gegeben wurde, nur das unbedingt Notwendige zu veranlassen.

Nachdem der Irrtum erwiesen, wurden allen Maßnahmen zur Steigerung der Rüstung auf das höchstmögliche Maß befohlen. Als Zeit wurde bezeichnet, den Krieg unbedingt im Jahre 1940 zu beenden "alles müsse auf diese eine Karte gesetzt werden, denn man wisse, daß man den Krieg nicht auf lange Zeit durchhalten könne.

Zur schnellmöglichten Steigerung der Rüstung seien die Rohstoffe auch zu Lasten evtl. späterer Kriegsjahre rücksichtslos einzusetzen" (Der Führer zu Keitel im Des. 1939)

Die siegreiche Beendigung des Krieges sollte aber vor allem deswegen im Jahre 1940 auf jeden Fall erreicht werden, um nicht die amerikanische Hilfe für die Westmächte wirksam zum Tragen kommen zu lassen.

Nachdem die engl. und franz. Armeen in Westeuropa entscheidend geschlagen wurden und Frankreich als Gegner ausschied, rechnete die deutsche oberste Führung nunmehr bestimmt, daß England den Kampf gegen Deutschland aus der Erkenntnis einer Aussichtslosigkeit desselben einstellen würde.

Hier der 2. entscheidende Irrtum.

Wie fest man daran glaubte, geht daraus hervor, daß nach Abschluß des Waffenstillstandes mit Frankreich zusammen mit einer Umsteuerung der Rüstung bereits auch eine stärkere Berücksichtigung der Verbrauchsgüter-Produktion vorgesehen war.

Sobald sich herausstellte, daß England fest entschlossen war, den Krieg fortzuführen, wurden die Vorbereitungen in Gang gesetzt zu einer Landung in England im Herbst, der einzigen Möglichkeit, den Krieg gegen England siegreich zu beenden. Die Landung erwies sich jedoch aus militärischen Gründen als undurchführbar. Maßgebend waren dafür in erster Linie Deutschlands Schwäche zur See sowie die Tatsache, daß es nicht gelungen war, die Luftherrschaft über dem Kanal und über England zu erringen, was eine unabdingbare Voraussetzung für die Landung war.

Der Glaube, die Landung in England durchführen zu können, der 3. entscheidende Irrtum!

Bis zum Krieg mit Rußland war es durch eine in der Geschichte völlig neuartige überfallartige Angriffstaktik gelungen, alle Gegner nacheinander zu schlagen.

Jedoch war es nicht gelungen, den Krieg gegen den Hauptgegner England siegreich zu beenden. Weder der Luft- noch U-Bootkrieg konnte die Widerstandskraft Englands ernstlich erschüttern. Trotz der andauernden und intensiven deutschen Luftangriffe im Herbst-1940 blieb die britische Luftwaffe und Luftabwehr entgegen allen Erwartungen weitestgehend in Fakt. Auch die Moral der britischen Bevölkerung wurde ernstlich nicht erschüttert.

Ebenfalls konnte England nicht entscheidend in seiner Rüstungsproduktion getroffen werden.

Andererseits hat die deutsche Gegenblockade die engl. Einfuhr nur in geringem AusmaÙe beeinträchtigen können. Im Durchschnitt des 1. Kriegsjahres betrug die englische Einfuhr mengenmäßig 90% des Durchschnitts von 1938. Im Sept. 1940 waren es bei der engl. Einfuhr immer noch 72%. Im weiteren Verlauf des Krieges dürfte sich auf Grund der vorliegenden Berichte hieran kaum viel geändert haben. Dieses außerordentlich günstige Ergebnis hat England trotz der vielfachen Einfuhr-Umlagerungs- und Tonnage-Schwierigkeiten erreichen können.

Der U-Boot-Krieg ist immer schwieriger geworden; während die U-Boot-Waffe im großen ganzen auf dem bei Ende des Weltkrieges erreichten techn. Stand stehen geblieben ist, hat sich die U-Boot-Abwehr, vor allem auf dem Gebiet der Peil-Einrichtungen ständig weiter entwickelt, sodaß es immer schwieriger wird, so dicht heranzukommen, um mit Torpedos Treffer zu erzielen. Auf Grund der verbesserten Flak-Abwehr wird es für Flugzeuge immer schwerer, Bombentreffer auf Schiffe zu erzielen. Aus diesen Grunde geht man jetzt immer mehr zu den Lufttorpedos über.

Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten hat zur Folge, daß nunmehr ein Wirtschaftskrieg allergrößten Ausmaßes gegen Deutschland und das von ihm beherrschte Kontinental-Europa geführt wird. Hierzu wird später ein intensiv geführter Luft-Zerstörungskrieg treten, bei dem Deutschland ins Hintertreffen geraten muß, da die deutsche Flugzeugproduktion bei weitem mit der engl. und amerikanischen nicht Schritt halten kann.

Als die deutsche Führung durch den Gang der Ereignisse gezwungen war, sich von dem Krieg der schnellen militärischen Entscheidung auf den wirtschaftlichen Durchhaltekrieg umzustellen, war sie sich bewußt, daß der von Deutschland beherrschte Raum keineswegs ausreichte, um einen langen Durchhaltekrieg zu führen. Nicht nur bietet dieser Raum an sich schon nicht genügend Produktionsmöglichkeiten, darüber hinaus waren die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten auf Teilgebieten durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen. Wohl hatte der Westfeldzug riesige Beutevorräte an kriegswichtigen Produkten erbracht, die es aber überhaupt nur ermöglicht hatten, den Krieg bis jetzt wirtschaft-

lich durchzuhalten. Diese Vorräte gingen zunehmend unwiderruflich zur Neige.

Man war daher zu der **KESER** Erkenntnis gekommen, daß die notwendige weitgehende Autarkie nur durch Eroberung neuer Wirtschaftsräume gesichert werden konnte.

Von den verschiedensten "fachmännischen" wurden jetzt der Führung Berechnungen über die ungeheuren wirtschaftlichen Ausbeutungsmöglichkeiten Rußlands vorgelegt. Insbesondere hat Backe die Ansicht vertreten, daß allein der Besitz der Ukraine uns von jeder wirtschaftlichen Not befreien würde.

Auf der anderen Seite wurde bei der obersten Führung die Ansicht vertreten, daß die Kampfkraft der Roten Armee, sowohl was die Führung als auch Geist und Ausbildung der Truppe sowie die techn. Ausrüstung anbetraf, nicht hoch einzuschätzen sei. Man glaubte, Beweise zu dieser Ansicht in den Leistungen der Roten Armee im Finnischen Kriege zu haben. Außerdem glaubte man, daß das kommunistische Regime beim ersten Anprall von außen zusammenbrechen würde.

Auf Grund dieser Überlegungen und aus dem Schwang heraus, um jeden Preis das wirtschaftliche Fundament der deutschen Kriegsführung zu verbreitern, vielleicht auch aus der Befürchtung heraus, daß die Russen sich einmal in einen für uns ungeeigneten Augenblick gegen uns wenden könnten, entschloß sich die deutsche Führung zu ihrer schlagartigen Aktion gegen Rußland.

Im Programm ist waren etwa 2 Monate für den Russenfeldzug angesetzt. Bereits im Sept. sollten die großen Aktionen gegen Ägypten und Gibraltar anlaufen.

Hier lag der 4. und entscheidendste Irrtum der deutschen Führung im bisherigen Verlauf des Krieges.

Es ist bisher nicht gelungen, den Krieg in Rußland siegreich zu beenden. Die Truppen mußten einen Winterfeldzug überstehen mit noch nie dagewesenen Belastungen. Diese waren besonders groß, weil die Truppe in ihrer Bekleidung nicht für den russischen Winter ausgerüstet war, da man eben diese Möglichkeit niemals ins Auge gefaßt hatte. Andererseits waren unter Einsatz der letzten Baumwollvorräte für rund 1 Million Mann Tropen-Ausrüstungen fertig gestellt worden, für die vorläufig kaum irgendwelche Verwendungsmöglichkeiten bestehen werden.

Eine weitere Tatsache, mit der die deutsche Führung nicht gerechnet hatte, war, daß die Russen den Winter benutzten,

um ihrerseits zum Angriff überzugehen, der zu erheblichen Raumgewinn führte, darüber hinaus aber vor allem die deutschen Truppen auf das Äußerste beanspruchte und erschöpfte und zum Einsatz der letzten Reserven zwang.

Von geradezu entscheidender Bedeutung hat sich im bisherigen Verlauf des Russenfeldzuges das Nachschub-Problem erwiesen. Mit jedem weiteren Vorrücken wird dieses Problem größer. Jeder militärische Erfolg bedeutet also gleichzeitig eine Erschwerung der militär. Gesamtlage. Wichtige mil. Operationen mußten wochenlang aufgeschoben werden, weil Munition, Treibstoff und Proviant nicht herankamen.

Der Rückzug seit Anfang Dez. ist nicht so sehr durch die Stärke der Russen als durch die ungeheuren Nachschubschwierigkeiten erzwungen worden. Einzelne Truppenteile waren wochenlang ohne Verpflegung. Der Abtransport der hohen Zahl der Verwundeten stellten sich größte Schwierigkeiten entgegen. Anfang Dezember waren beim Ost-Heer 250 000 Kraftfahrzeuge reparaturbedürftig bei einem Einsatz von 600 000. Die Folge hiervon war, daß sämtliche Infanterie-Divisionen endmotorsiert werden mußten, um wenigstens die mot. Divisionen mit der erforderlichen Zahl von Kraftfahrzeugen auszustatten.

Die russ. Panzer- und Flugwaffe erwies sich als weit stärker als die deutsche Führung angenommen hatte.

Im Russen-Feldzug hat die deutsche Wehrmacht zum ersten Male schwere Menschenverluste erlitten. Als Folge hiervon entwickelt sich die Ersatzgestellung und damit der Menschenausgleich zwischen der Gruppe und der Kriegswirtschaft der Heimat zu einem immer ernsteren Problem.

Zum ersten Male wurde auch deutsches Kriegsmaterial in großem Umfang vernichtet, beschädigt und verschlissen. Die Panzergruppe Guderian hat 90% ihrer Fahrzeuge verloren. Ende Dezember hieß es, daß bei den eingesetzten Feldhaubitzen alle Rohre erneuerungsbedürftig seien. Die russ. Waffen waren auf Grund ihrer Konstruktion der Kälte gegenüber weit widerstandsfähiger als die deutschen. Durch den hohen Reparaturbestand und die dauernden Überbeanspruchungen aller im Osten eingesetzten Flugzeuge nimmt die Kampfkraft der deutschen Luftwaffe ständig ab, was angesichts der stetigen Verstärkung der engl. und amerikanischen Luftwaffe nicht ernst genug beurteilt werden kann. Die Folge dieser

ungeheuren Menschen- und Materialmäßigen Beanspruchung durch den Russenkrieg ist, daß Deutschland die wichtige Kriegführung gegen England fast ganz zurückstellen muß.

Das Hauptziel des Russenfeldzuges, die Verbreiterung des wirtschaftlichen Fundaments der deutschen Kriegführung, um den langen Durchhaltekrieg gegen den englo-amerikanischen Mächteblock bestehen zu können, konnte in keiner Weise erreicht werden. Wehrwirtschaftlich also ein absoluter Fehlschlag. Die Vorkommen an kriegswichtigen Mangelrohstoffen, wie insbesondere N.E.Metallen und Treibstoff, sind bis jetzt noch nicht in unserer Hand, abgesehen von den Mangan-Erzgruben in Nikopol. Die Beute an kriegswichtigen Produkten gering. Die Industriewerke von den Russen bei ihrem Rückzug in einem derartigen Umfang zerstört, daß an ihren Wiederaufbau und Einsatz für die deutsche Rüstungswirtschaft, wie es geplant war, überhaupt nicht gedacht werden kann. Auf der anderen Seite verfügt Rußland noch über 70 - 80% seines Rüstungspotentials.

Der oberste Grundsatz der engl. Kriegführung, die Kriegsschauplätze möglichst auszuweiten und Zeit zu gewinnen, damit sich die wirtschaftlichen Faktoren in immer stärkerem Maße zu Ungunsten Deutschlands auswirken können, ist erreicht worden.

Die räumlichen und zeitlichen Ausmaße, die der Russenfeldzug angenommen hat, führen auf jeden Fall zu einer schnellen Erschöpfung der militär. und der wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands und damit zu einer zunehmenden Lähmung der deutschen Kriegführung ab 1942, während die Rüstungskraft der Vereinigten Staaten von Monat zu Monat stärker in Erscheinung treten wird. Im Mittelpunkt wird hierbei das Treibstoffproblem stehen. Da es uns bis zum Beginn des Winters nicht gelungen ist, den Kaukasus, ja nicht einmal Maikop in unsere Hand zu bringen, werden für die Fortführung des Feldzuges in diesem Jahre angesichts der völligen Erschöpfung der deutschen Vorräte keine wesentlichen Treibstoff-Operationen mehr zur Verfügung stehen.

Irgendwelche neue militärischen Operationen, die den Endsieg erzwingen, oder die wehrwirtschaftliche Lage entscheidend verbessern könnten, gibt es heute nicht mehr, ganz abgesehen davon, daß neue große Operationen schon aus Treibstoffgründen von jetzt ab unmöglich sind.

Die Leistungen der italienischen Wehrmacht haben bisher

in jeder Weise enttäuscht. Infolge Treibstoffmangels wird die ital. Flotte im Mittelmeer in zunehmenden Maße aktionsunfähig, wodurch vor allem der Seleitschutz für den Nachschub nach Lybien in Frage gestellt wird. Die Kriegführung der Achse im Mittelmeer wird immer mehr gelähmt.

Italien ist das Land, das von allen Großmächten das schwächste Wehrwirtschaftspotential hat. (etwa den 10. Teil des deutschen).

Deutschland mußte in ständig steigendem Maße die Versorgung Italiens mit kriegswichtigen Rohstoffen mit übernehmen.

Das zentrale Problem der deutschen Kriegswirtschaft:
Das ständige Mißverhältnis zwischen Programmen und
und Deckungsmöglichkeiten.

Hauptgründe hierfür:

- 1.) ständige Ausweitung der Kriegsschauplätze, wodurch die Rüstungserfordernisse ein Ausmaß ^{annehmen} ~~das weit über die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft Deutschlands und der von ihm beherrschten europäischen Länder hinausgeht.~~ ~~erfordernisse ein Ausmaß, das weit über die Leistungsfähigkeit~~
- 2.) Mangelnde Einsicht der deutschen Führung in wirtschaftliche Fragen überhaupt.
- 3.) Keine Gesamtplanung der Programme, keine Schwerpunktbildung vorhanden.
- 4.) Es wurden niemals die zu erreichenden Ziele mit den vorhandenen militär. u. wirtschaftl. Mitteln abgestimmt, wie es z.B. Friedrich der Große in vollendeter Weise getan hat, sondern es wurden meist unabhängig Ziele aufgestellt, für deren Erreichung die militär. u. wirtschaftl. Mitteln dann bereitzustellen waren.
- 5.) Überschätzung der weiteren Einschränkungsmöglichkeiten der zivilen Fertigung und des Exports zu Gunsten der Rüstungsfertigung. Insbesondere werden die Gefahren nicht gesehen, die sich aus einer übermäßigen Drosselung der zivilen Bedarfsdeckung für die Gesamt-Kriegsführung ergeben.

Zusätzliche Belastung daraus, daß wir den verbündeten Armeen, vor allem Finnland, Ungarn, Rumänien, Slowakei, Kroatien im Kampf gegen Rußland einen wesentlichen Teil ihres notwendigen Kriegsmaterials zur Verfügung stellen müssen.

Ab 1942 tritt nunmehr eine erneute, ganz wesentliche Verschärfung der gesamten Rüstungslage ein, einmal infolge der starken Reduzierung der Rohstoff-Zuteilung an die Wehrmacht, we dann infolge der umfangreichen Verluste an Arbeitskräften, die die Rüstungsindustrie durch die umfangreichen Einberufungen zur Wehrmacht auf Grund der veränderten Kriegslage im Osten erleiden. Hierdurch wird die Rüstungsfertigung bereits im ersten Halbjahr 1942 ganz erheblich absinken.

Durch die Richtlinien des Führers vom 14.7.41. wurde, da man damals bereits mit einer Beendigung des Russenkrieges vor dem Winter rechnete, die Umsteuerung der Rüstung zu Gunsten der Luftwaffe in Hinsicht auf den wiederaufzunehmenden Krieg gegen England befohlen. Ende Dezember 1941 mußte auf Grund der völlig veränderten Kriegslage im Osten eine erneute Umsteuerung der Rüstung wieder zu Gunsten des Heeres befohlen werden. Was das für die Luftwaffe bedeutet, geht daraus hervor, daß sie z.B. statt der angeforderten 12 000 toto Kupfer ab Januar nur noch etwa 3 000 toto erhält. Das muß sich darin auswirken, daß sie nicht mehr in der Lage ist, ihre gegenwärtige, bereits abgesunkene Monatsproduktion aufrecht zu erhalten, und daß es ihr völlig unmöglich wird, die Parität allein mit der engl. Luftwaffe zu halten.

Über die Umsteuerung der Rüstung ist Anfang Januar 1942 ein neuer Führerbefehl ergangen. Gewisse Einschränkung der Programme der Luftwaffe und der Marine, aber nicht in dem Maße, wie es auf Grund der erheblich verminderten Rohstoff-Zuteilungen erforderlich gewesen wäre. Das Flak-Programm soll in vollem Umfange durchgeführt werden.

Wieder einmal ein Befehl erteilt worden, der auf Grund der Gesamtlage undurchführbar.

Nahrungsmittelversorgung.

Ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die wichtigste Vorbedingung einer jeden Kriegswirtschaftspolitik.

Für die ungünstige Entwicklung der deutschen Kriegs-ernährungslage folgende Gründe maßgebend:

- 1.) Der starke Entzug von Arbeitskräften, insbesondere Fachkräften, die durch Kriegsgefangene und Ausländer nur

unvollkommen ersetzt werden können. Im Herbst 1941 waren in der Landwirtschaft etwa 1.5 Mill. Kriegsgefangene und Ausländer tätig. Der starke Arbeitskräfteentzug hat sich besonders deutlich im Herbst 1941 bemerkbar gemacht. So infolge mangels an Arbeitskräften Hunderte von Morgen Kartoffeln und Rüben im Boden geblieben.

Starke Belastungen auch durch die Einberufungen von Pferden zur Wehrmacht, die bei der Mobilisierung etwa 20% des Bestandes von 4.5 Mill. ausmacht.

Hinszu kommt die unzureichende Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen, Schleppern und Lastkraftwagen, Treibstoff, Dünger und Kohle.

Der Zustand der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte verschlechtert sich zusehends, da Reparaturen zu lange dauern und neue Maschinen schwer zu bekommen sind.

Alle diese Faktoren tragen dazu bei, daß die landwirtschaftliche Erzeugung, wie auf Grund der Erfahrungen des Weltkrieges vorauszusehen war, auch in diesem Krieg stetig absinkt.

2.) Die Witterung, die sowohl 1940 wie 1941 nicht günstig für die Ernte war,

Bereits im Erntejahr 1940/41 mußten auf Grund der ungünstigen Getreidernte in Höhe von 23 - 24 Mill.to (gegenüber 27.5 Mill.to 1939) die nationalen Getreidereserven, die bei Kriegsausbruch etwa 6.5 Mill.to betragen, weitgehend eingesetzt werden. Im laufenden Erntejahr 1941/42 steht zur Ergänzung der Getreidernte nur noch ein kleiner Rest der Getreidereserve in Höhe von etwa 1/2 Mill.to zur Verfügung.

Kartoffelernte 1941 ebenfalls durch eine Reihe von Faktoren ungünstig beeinflusst: geringerer Ertrag infolge nassen Wetters, Mangel an Arbeitskräften, früher Frost.

Für das Altreich und die Ostmark wird die Kartoffelernte 1941 nur auf 43 Mill. to gegenüber 58 Mill. to im Vorjahr geschätzt.

Daher wesentliche Einschränkung des Futterkartoffelverbrauchs notwendig. Geschätzt, daß im laufenden Erntejahr dafür nur 10 Mill.to gegenüber 20 Mill.to im Vorjahr, zur Verfügung stehen. Dies naturgemäß einschneidende Auswirkungen auf die künftige Fett-Fleischversorgung.

Infolge Ausfalls der bedeutenden Zufuhren an Fetten und Fettrohstoffen aus Übersee notwendig, die nationalen Fettreserven weitgehend einzusetzen.

Beim Vieh infolge des Futtermittelmangels bereits erhebliche Eingriffe in den Schweinebestand. Dieser im Verlauf des Krieges um 10 Mill. Stück gesunken. Also doch wieder Schweinemord wie im Weltkrieg. ! Gleichzeitig das durchschnittliche Schlachtgewicht erheblich zurückgegangen.

Die Zulieferung an Getreide und Vieh aus Südosteuropa ist teils infolge ungünstiger Witterung, teils infolge der Kriegsauswirkungen weit hinter den Abschungen zurückgeblieben. Für das laufende Erntejahr wird hieraus nur mit einer Getreidezufuhr von 300 000 to gerechnet gegen 700 000 to im Jahre 1938.

Aus dem Generalgouvernement keine Zuschüsse an Getreide und sonstigen Lebensmitteln zu erwarten.

Die 600 000 to Getreide, die Frankreich im laufenden Erntejahr nach dem Waffenstillstandsabkommen liefern soll angesichts der dortigen angespannten Ernährungslage mehr als fraglich.

Die Erwartungen in große Lebensmittelfuhren aus dem besetzten russischen Gebiet, insbesondere der Ukraine, in keiner Weise erfüllt. Da fast keinerlei Sicherungstruppen zur Verfügung standen, war die geplante große Drusch- und Vieherfassungsaktion nicht durchzuführen. Ausserdem hätte es sowieso an dem erforderlichen Treibstoff- und Transportraum gemangelt. Bisher nur verhältnismäßig geringe Mengen an Getreide und Vieh ins Reich, darüber hinaus nicht einmal möglich, wie vorgesehen, die Verpflegung des Ostheeres voll aus dem Lande sicherzustellen. Bei Brotgetreide wird die Verpflegung nur zu etwa 10%, bei Fleisch nur zu knapp 30% aus dem Lande möglich sein. Der weitaus größte Teil der Verpflegung muß also aus der Heimat nachgeschoben werden.

Ernstes Problem für die Zukunft die ungenügende Herbst-Bestellung in Mittel- und Südrussland, teilweise infolge mangels an Saatgetreide. Daher für die Ernte 1942 noch keinerlei Zufuhren nach dem Reich zu erwarten.

Die alte Erfahrung bestätigt, daß die landwirtschaftliche Erzeugung überall unter den Einwirkungen der Kriegführung absinkt.

Andererseits muß Deutschland an eine ganze Reihe europäischer Länder, die im Frieden von anderwärts versorgt werden, Getreidesuschüsse leisten. Im laufenden Erntejahr insgesamt 880 000 to. Durch diese Zusagen wird nur der Mindestbedarf der genannten Länder gedeckt. Vor dem Kriege haben diese Länder jährlich etwa 10 Millionen to Getreide aus Übersee eingeführt.

Im Weltkrieg betragen im Jahre 1918 die wöchentlichen Rationen des Normalverbrauchers bei Fleisch 250 gr., bei Fett 95 gr und bei Brot 1880 gr. Bei Fleisch und Brot sind also die Rationssätze von 1918 bereits nahezu erreicht.

Weit ernster als im Reich ist die Ernährungslage in einer Reihe besetzter Gebiete, vor allem in Griechenland, in Belgien und im Generalgouvernement. Im Weltkrieg wurden die von Deutschland besetzten Gebiete durch die amerikanische Quäker-Organisation versorgt. Am schlimmsten z.B. die Verhältnisse in Athen, wo ein großes Säuglingssterben und täglich 200 - 300 Menschen vor Hunger starben. Auch in Belgien meldet der Militärbefehlshaber einen Gesundheitsverfall weiter Schichten der Bevölkerung. Zahlreiche Fälle des Hungerödems, einer Unterernährung, die sich im Aufschwellen einzelner Glieder äußert. Im Generalgouvernement starke Zunahme der Tuberkulose. Hier 60% aller Krankheitsfälle auf Hunger zurückzuführen.

Die Ernährungslage des europäischen Kontinents muß sich unangenehm von Monat zu Monat verschlechtern. In ganz Europa geht der Viehbestand ständig zurück. In Finnland z.B. steht ab 1942 nur noch für die Wehrmacht, für Kranke und Kinder Fett zur Verfügung. In allen europäischen Ländern mit Ausnahme von Portugal und Schweiz muß heute das Brot rationiert werden. Besserung nur zu erwarten durch besonders gute Ernte in Europa für 1942. Sonst kann die Bevölkerung Europas im Jahre 1943 nur noch sehr schwer instande sein, der Blockade standzuhalten.

Rohstoffversorgung:

Der Verbesserung der Kriegerohstoffversorgung dienen folgende Maßnahmen:

- 1.) Steigerung der Eigenerzeugung an natürlichen Rohstoffen und synthetischen Stoffen.
Infolge der ständigen Schwierigkeiten in der Versorgung mit Arbeitskräften, Produktionsmaschinen und -materialien sowie auf dem Gebiet des Transportes konnten Produktionssteigerungen

nicht erzielt werden. Im Gegenteil traten auf wichtigen Gebieten wie Kohle, Eisenerzbergbau, Eisen- u. Stahlerzeugung, Metall-
erzbergbau, Produktionsrückgänge ein.

Gründe: Kräfteentzug durch Einberufungen, Leistungsrückgang infolge zu langer Arbeitszeit und Ernährung, zeitweise Nachtafmen und erhöhten Einsatz von Ausländern.

Beim synthetischen Treibstoff, beim Buna und Aluminium ebenfalls die Erzeugungsziffern hinter den Planungen zurückgeblieben.

Erkenntnis, daß gerade die Erzeugung synthetischer Stoffe unverhältnismäßig viel Arbeitskräfte, Kohle und Energie erfordert.

2.) Steigerung der Zufuhren aus den europäischen Ländern. Infolge der Rohstoffarmut des europäischen Raumes konnte diese Aufgabe, abgesehen von Teilgebieten nicht gelingen. Wesentliche Entlastung durch die zahlreiche Beute an Kriegsgerät.

In Hinsicht auf eine längere Kriegsdauer ist die Erkenntnis wichtig, daß die Versorgungsstruktur Kontinentaleuropas (Europa ohne Rußland, baltische Staaten und Türkei) gerade auf wichtigen Gebieten sehr ungünstig ist.

3.) Weiterführung d r Umstellung von Mangelrohstoffen auf genügend vorhandene bzw. Austauschrohstoffe.

Zunächst ging man nicht in dem durch die Rohstofflage gebotenen Tempo an die Umstellung insbesondere von Kupfer auf Zink bzw. auf Stahl heran. Nachdem man dann immer mehr gezwungen war, von der Umstellung Gebrauch zu machen, entstand eine zunehmende Mangellage auch bei den Ausweichrohstoffen, insbesondere bei Zink. In vielen Fällen eine Umstellung technisch nicht möglich.

4.) Mobilisierung von Altmaterial.

Schrottsammlung, Entgitterungsaktion, die Metallspenden, Mobilisierung von Sparmetallen bei den Behörden sowie die Abnahme von Kirchenglocken. Die Ergebnisse reichten gerade auf dem ge-
wichtigen Gebiet der A.E.-Metalle aus, um einige wenige Monats-
verbräuche zu decken. Neuerdings die Aktionen durch Mangel an
Arbeitskräften und Transportschwierigkeiten gehemmt. Die Mobili-
sierung von Altmetall aus der riesigen russischen Beute verläufig
auf Grund der Transportlage überhaupt nicht durchzuführen.

Akute Schwierigkeiten haben sich jedoch bei den Rüstungsrohstoffen bis etwa Ende 1941 nicht ergeben, da der Rohstoffmangel immer durch Schwierigkeiten auf anderen Gebieten, insbesondere in der Versorgung mit Arbeitskräften, bei weitem überdeckt wurde.

Eine bei Kriegsausbruch aufgestellte Rohstoffbilanz hatte das Ergebnis, daß bei sparsamsten Verbrauch der Gesamtwehrmacht die Versorgung mit Rohstoffen für einen mindestens 2 jährigen Krieg als ausreichend angesehen werden konnte. Wie bereits oben erwähnt, durch die Beute weiter hingestreckt.

Ab 1942 erfolgen nun bei den wichtigsten rüstungswirtschaftlichen Rohstoffen infolge Erschöpfung der Vorräte wesentliche Einschränkungen der Zuteilungen an die Bedarfsträger. Im Laufe des Jahres 1942 und noch mehr im Jahre 1943 wird das Rohstoffproblem in den Vordergrund der deutschen Rüstungswirtschaft treten. Entsprechend wird das jetzt die Lage beherrschende Menschenproblem mehr und mehr zurücktreten. Mit der Dauer des Krieges muß die deutsche Rüstung, auf Grund des zunehmenden Rohstoffmangels, mehr und mehr erlahmen.

K o h l e :

Kohle gehört zu den wenigen Rohstoffen, über die der europäische Raum verhältnismäßig reichlich verfügt. Deutschlands Zuwachs an Kohle durch Polen, Holland, Belgien und Nordfrankreich wieder ausgeglichen durch die Notwendigkeit, auf Grund der Blockade fast ganz Europa mit Kohle zu versorgen. Hier vor allem die Lieferungen an Italien in Höhe von etwa 1 Mill. t monatlich. Neuerdings noch die hohen Anforderungen für die besetzten russischen Gebiete hinzugesetzt, da dort keinerlei Kohle vorkommt. Durch den Kohlenmangel können auch diese Gebiete nur schwer ausgenutzt werden.

Die Steigerung der Kohlenerzeugung nicht gelungen. Trotz Erhöhung der Belegschaften keine nennenswerte Zunahme der Kohlenförderung. Die Gründe liegen in erster Linie in dem ständigen Leistungsrückgang der Belegschaftsmitglieder, der geringen Leistungen der ausländischen Arbeiter, der ungenügenden Ernährung, dem zeitweis häufigen Fliegeralarmen. Schwierigkeiten in der Belieferung des Bergbaues mit den notwendigen Geräten

Hierzu treten Transportschwierigkeiten. Im Winter 1941/1942 nahmen Schwierigkeiten bedenkliche Ausmaße an. Auf allen Gebieten der Industrie mußten erhebliche Kürzungen des Kohlenverbrauchs vorgenommen werden. Die unmittelbare Folge hiervon Betriebseinschränkungen und -stilllegungen und damit Absinken der Leistungen. So ist z.B. die Rohstahlerzeugung um 20% abgesunken.

Für das kommende Kohlenwirtschaftsjahr wird ein Steinkohlenfehlbedarf von 22% der Förderung geschätzt.

Es ist bereits jetzt deutlich zu erkennen, daß all die großen Planungen schon aus Kohlengründen nicht voll durchführbar sind.

N.E.-Metalle:

Neben Treibstoff stellen die N.E.Metalle heute den bedrohlichsten Engpaß in der deutschen Rüstung dar. Zwischen beiden zwei wichtige Unterschiede:

- 1.) Während Mangel an Treibstoff sich unmittelbar auf die operative Kriegführung auswirkt, ist dies bei einem Mangel an Metallen immer nur mittelbar auf dem Wege über die Rüstungsfertigung und erst nach einem längeren Zeitraum von 6 - 12 Monaten der Fall.
- 2.) Während Treibstoff endgültig verbraucht wird, bleiben die Metalle immer als Altmaterial erhalten.

Deutschlands Eigenherzeugung an Metallen ist nur gering. Ebenfalls die Zufuhren aus dem europäischen Raum - mit Ausnahme der Kupferzufuhren aus Jugoslawien - von nur geringer Bedeutung. Trotzdem ist es gelungen, mit Hilfe der vorhandenen Vorräte, der verschiedenen Metall-Sammel-Aktionen, Transit-Einfuhren über Rußland und vor allem der Beute bei den wichtigsten Mangelmetallen ernste Versorgungsschwierigkeiten bis etwa Ende 1941 in großen und ganzen zu vermeiden, wenn auch ständig die Anforderungen weit höher als die zur Verfügung gestellten Mengen waren.

<u>In to:</u>	<u>Vorräte b. Kriegsausbruch</u>
Kupfer	28 500
Zinn	3 100
Nickel	1 900
Aluminium	12 400
Chrom	6 842
Molybdän	1 415
Wolfram	1 670

Ab 1942 wird auf Grund der völligen Erschöpfung der Vorräte die Rüstung in ständig zunehmendem Maße durch den Mangel an Metallen beeinträchtigt. In Rußland sind wir mit Ausnahme der Manganerz-Gruben von Nikopol an wichtigen Metallvorkommen nicht herangekommen. Die Beute an Metall war in Rußland bisher unbedeutend.

In den kommenden Quartalen erfolgt daher eine weitere Herabsetzung der Zuteilungen.

Die Kupferversorgung besonders gefährdet. Da Kupfer in fast allen Kriegsgeräten enthalten ist, kann man annehmen, daß das Rüstungsvolumen, wenn auch immer um eine Reihe später, in dem gleichen Verhältnis absinken wird.

Zu einem immer größeren Engpaß entwickelt sich die Versorgung mit Stahllegierungsmetallen, insbesondere Chrom, Molybdän und Wolfram. Es mußte bereits der Legierungsgehalt der Stähle herabgesetzt werden. Hieraus vor allem Gefahren für die Panzeraffenfertigung sowie für die Fertigung panzerbrechender Waffen, die angesichts der Stärke der Russen auf diesem Gebiete besonders ernst zu beurteilen sind.

Bei den Leichtmetallen, Aluminium und Magnesium, war auf Grund ihrer Vorkommen im europäischen Raum die Versorgung an sich besser gesichert als bei den meisten anderen Metallen. Aber auch hier aus den hohen Anforderungen für den Flugzeugbau bei Aluminium scharfe Spannungen. Innerhin kann damit gerechnet werden, daß bei Aluminium die Versorgungsgelege infolge des ständigen Ausbaus der Erzeugungsanlagen immer günstiger wird.

Kautschuk und Buna:

Bis Ende 1941 noch keine akuten Schwierigkeiten. Einmal waren nicht unbedeutende Vorräte in Höhe von 19 400 to vorhanden; hierzu die Kriegsbeute im Westfeldzug von 12 000 to sowie Einfuhren aus dem europäischen Raum, neuerdings auch Zugänge durch Blockadebrecher. Die Bunaproduktion steigt stetig an, wenn sie auch wesentlich hinter den Planungen zurückbleibt. 1942 wird die monatliche Produktion 8 500 to erreichen gegenüber einer Planungsziffer von 10 000 to.

Die gegenwärtigen Natur-Kautschuk-Bestände reichen für die Verarbeitung der anfallenden Buna-Produktion bis etwa zum Juni 1942. Die Kautschuk-Versorgung von dann ab ist

abhängig von dem Reifeinkommen weiterer Blockadebrecher.

In der Reifenversorgung des Ostheeres sind bisher noch keine Schwierigkeiten eingetreten. Der Reifenverschleiß war in Osten geringer als man ursprünglich angenommen hatte.

Pulver und Sprengstoffe

Schwierigkeiten in der Munitions-Versorgung sind bisher, selbst auch während des Russenfeldzuges, - im Gegensatz zum Weltkrieg - nicht eingetreten. Die Pulver-Produktion lag immer über dem Verbrauch; die Sprengstoff-Produktion lag nur vorübergehend für 3 Monate unter dem Verbrauch.

Wenn allerdings das neue Flakprogramm voll durchgeführt werden soll, würden die zur Verfügung stehenden Pulver- und Sprengstoffmengen nicht ausreichen.

Spiritus:

Bis zum Herbst 1941 kaum nennenswerte Schwierigkeiten. Auf Grund der schlechten Kartoffelernte mußte jedoch scharfe Einschränkung der Spritproduktion vorgenommen werden. Die hierdurch erforderliche Drosselung der Spritzuteilung an die Industrie ist von einschneidender Auswirkung an die Erzeugung von Hochleistungstreibstoffen, synthetischem Schmieröl, Buna, Flakpulver, Frostschutzmittel.

Stickstoff:

Die Stickstoffversorgungslage stand im Zeichen steigender Anspannung. Einerseits nahmen die Forderungen der Landwirtschaft für Düngemittel zu auf Grund des Bedarfs der neuen Ostgebiete, andererseits stieg der Bedarf der Rüstungswirtschaft, in erster Linie für die Pulver- und Sprengstoffherzeugung. Auf Grund der sich ständig verschlechternden Ernährungslage wurden die Forderungen des H.E.M. auf Erhöhung der Stickstoffuteilung immer dringlicher. Dies nur möglich durch Verzicht der Wehrmacht auf eine Erhöhung der Stickstoffuteilung, was in erster Linie zu Lasten der Pulver- und Sprengstoffherzeugung geht. In den besetzten Gebieten und im Westen zwar noch Kapazitäten frei. Ihre Ausnutzung stößt jedoch auf Schwierigkeiten mangels Kohlenbelieferung.

Industrielle Öle und Fette:

Diese werden zum größten Teil, zu über 50% für Seife, zu etwa 15% für Schmierfette, zu etwa 10% für Anstrichmittel sonst

für Buna und andere Zwecke gebraucht. Der bereits gedrosselte Jahresbedarf beträgt etwa 240 000 to. 1941 konnte dieser noch einigermaßen gedeckt werden; 1942 besteht ein Fehlbedarf von 54 000 to. Man rechnet mit einem Eingang von 5 bis 10 000 Leinöl aus den besetzten russischen Gebieten, für 1943 mit einem Eingang von etwa 40 000 to Leinöl.

Der sehr geringe Fettgehalt der Kriegsseife muß noch weiter herabgesetzt werden.

Spinnstoffe:

Die vorhandenen Bestände gehen endgültig ihrem Ende entgegen. Die letzten Baumwollbestände sind für das große Tropenausrüstungsprogramm eingesetzt worden. In Rußland keine nennenswerten Vorräte erbeutet.

Muß damit gerechnet werden, daß ab 1942 nicht nur die Deckung des Bedarfs der Zivilbevölkerung, sondern auch die der Wehrmachtbekleidung, vor allem durch den starken Verschleiß im Osten, auf zunehmende Schwierigkeiten stoßen wird. Die einzige Reserve nur noch das im Besitz der Zivilbevölkerung befindliche Altmaterial.

Leder:

Ähnlich wie bei den Spinnstoffen. Allerdings konnten in Rußland erhebliche Mengen an Leder und Häuten erbeutet werden. Angesichts des ungeheuren Schuhwerkverschleißes im Ostfeldzug wird aber die Versorgung der Truppe mit Stiefeln immer schwieriger werden. Teilweise sind die Truppen des Ersatzheeres nur noch mit Schnürschuhen, nicht mehr mit Stiefeln ausgestattet.

Mit zunehmender Dauer des Krieges wird die Versorgung der Truppe und der Zivilbevölkerung mit Bekleidung und Schuhwerk ein immer ernsteres Problem werden.

Treibstoffversorgung:

Deutschland verfügte bei Kriegsausbruch über nicht unbedeutliche Vorräte. Diese betragen bei

Vergaser-Kraftstoff	451 000	to
Diesel-	991 000	"
Flugbenzin	492 000	"
Heizöl	475 000	"
	<hr/>	
	2 409 000	to

Hinzu kam im Jahre 1940 die Beute in Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich. Diese betrug außer den Mengen, die die Gruppe während der Operationen laufend verbraucht hat, bei

Vergaser-Kraftstoff	363 000	to
Diesel	65 000	"
Flugbenzin	222 000	"
Heizöl	150 000	"

Die Einfuhren aus Rumänien konnten wesentlich gesteigert werden. Vor allem erfolgten aber bedeutende Zugänge aus Rußland auf Grund der abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen.

Die deutsche Mineralöl-Erzeugung konnte von 4.7 Mill. to im Jahre 1940 auf 5.6 Mill. to im Jahre 1941 gesteigert werden und soll 1942 die Höhe von 6 Mill. to erreichen.

Bis zum Beginn des Russenfeldzuges haben sich daher ernste Schwierigkeiten in der Treibstoffversorgung nicht ergeben.

Allerdings von Monat zu Monat zunehmende Anspannung, die zu erheblicher Drosselung der Zuteilungen an die Wirtschaft, sowie zuständigen Rückgriff auf die Vorräte zwang.

Eine völlig neue Lage entstand seit Beginn des Russenfeldzuges. Wesentliches Ziel desselben war bekanntlich, durch Eroberung der kaukasischen Ölfelder die Treibstoffversorgung auf unbeschränkte Zeit sicherzustellen. Dies bis jetzt nicht gelungen.

Zur Deckung des Treibstoffnachschubbedarfs für die militärische Operation in Rußland, als deren Dauer höchstens 3 Monate angenommen waren, mußten die gesamten Vorräte an Vergaser- und Diesel-Kraftstoff eingesetzt werden. Ab Spätherbst mußten die Lieferungen aus Rußland laufen, wenn nicht ernste Schwierigkeiten auf allen Treibstoffgebieten, mit Ausnahme des Flugbensins, eintreten sollten. Denn von da ab standen nur noch die deutsche und die rumänische Erzeugung für die Deckung des Bedarfs zur Verfügung.

Nach dem Ausfall der russ. Zufuhren kam der transportmäßigen Sicherung der rumän. Zufuhren eine geradezu entscheidende Bedeutung für die weitere Kriegführung zu.

Bis Ende 1941 ist es jedoch gelungen, die Treibstoff-Anforderungen für das Ostheer zu decken.

Die Luftwaffe verfügte bei Kriegsausbruch über hohe Flugbenzin-Bestände, später noch durch Beute vermehrt, sodaß die

Versorgungslage immer sehr günstig war. Im Verlauf des Jahres 1941 verschlechterte sich jedoch auf Grund des ständigen hohen Verbrauchs im Osten auch hier die Versorgungslage erheblich, so daß man zu rigorosen Kürzungen der Zuteilungen, insbesondere an die Flugzeugindustrie (zum Einfliegen der Apparate), sowie an den Schulungsbetrieb schreiten mußte. Aber sogar der operative Einsatz der Luftwaffe muß jetzt bereits aus Betriebsstoffgründen gedrosselt werden. Jede Vergrößerung der Luftwaffe ist daher schon aus Treibstoffgründen absolut unmöglich. Was diese Entwicklung in Hinsicht auf den stetigen Ausbau der engl. und vor allem amerikanischen Luftwaffe bedeutet, braucht nicht hervorgehoben zu werden.

Flugbenzinbestände in 1 000 to

Ende 1939	511
" 1940	613
" 1941	254
erforderliche Umlaufmenge	200

Auch die Kriegsmarine verfügte bei Kriegsausbruch über relativ hohe Bestände an Heizöl und Diesel-Kraftstoff. Bis Ende 1941 sind diese aber bereits unter die Grenze der erforderlichen Umlaufmenge abgesunken. Die deutsche Kriegsmarine hat 1941 96 000 to Heizöl an die ital. Kriegsmarine für den Geleit-Schutz nach Lybien abgeben müssen.

Auf Grund der derzeitigen Betriebsstofflage ist die deutsche Kriegsmarine nicht mehr in der Lage, einen Großschiffseinsatz durchzuführen. Bestände der Kriegsmarine in 1 000 to

Ende 1939	Heizöl	Dieselskraftstoff
" 1940	334	616
" 1941	521	256
erforderliche Umlaufmenge	290	85
	300	90

Neben der eigenen Treibstoffversorgung hatte Deutschland auch die seiner Verbündeten sicherzustellen.

Im Vordergrund die Versorgung Italiens, das nahezu völlig auf ausl. Zufuhren angewiesen. Die Forderungen Italiens konnten nur in ständig geringer werdendem Ausmaß erfüllt werden. Die zunehmende Aktionsunfähigkeit der italienischen Flotte bedeutet eine zunehmende Lähmung der Achsen-Kriegsführung im Mittelmeer.

Die rumän. Ausfuhr blieben zunehmend hinter den Plannungen zurück. In Hinsicht auf eine längere Kriegsdauer ist folgendes wichtig:

Wie Sachverständige festgestellt haben, ist eine wesentliche Erhöhung der gegenwärtigen rumän. Mineralöl-Produktion nicht mehr möglich. Ab 1943 muß mit einem stetigen Absinken der Produktion gerechnet werden. Da die gesamten Vorkommen ihrem Ende entgegengehen.

Ab 1942 wird die deutsche Kriegführung durch zunehmenden Treibstoffmangel gelähmt.

Bereits die Verteidigung im Osten erforderte allein im Januar 1942 100 bis 120 000 to, während für das Ostheer zunächst nur noch 48 000 to zur Verfügung gestellt werden konnten. Was darüber hinaus für das Ostheer bereitgestellt wurde, war für die operative Reserve bestimmt. Dieser Mehrverbrauch im Osten war nur möglich auf Grund der Bestände des Gen.Qu.

Spätestens im März wurde infolge Aufsehens dieser Bestände der Treibstoffnachschub selbst für die defensive Kriegführung gefährdet sein, wenn nicht weitere Einschränkungen in den Zuteilungen an die Wirtschaft und die besetzten Gebiete erfolgen.

Weher der zusätzliche erhebliche Treibstoffbedarf für die geplanten Offensiv-Operationen 1942 gedeckt werden soll, weiß bisher niemand.

Hierbei muß man sich darüber klar sein, daß eine weitere Kürzung der Zuteilungen an die Wirtschaft unmittelbar die Rüstungsfertigung beeinträchtigen muß.

Bei Diesel-Kraftstoff ist die Lage nicht besser. Der Bedarf für den reinen U-Boot-Krieg wird immerhin noch weiter sichergestellt werden können.

Die Lage bei Flugbenzin ist relativ am wenigstens ungünstig, wenn auch hier bereits die operative Bewegungsfreiheit der Luftwaffe stark eingeengt wird.

Sollten wir noch in den Besitz der russ. Erdölvorkommen gelangen, so ist mit Sicherheit zu erwarten, daß diese aufs gründlichste zerstört und wir viele Monate brauchen, bis sie wieder in Gang gebracht sind. Wichtig auch, ob die erforderlichen Raffinerien zur Verfügung stehen würden. Am schwierigsten jedoch die Transportfrage, sowohl für den Transport der erforderlichen Geräte zu den

Erdölgebieten, aber weit mehr noch für den Abtransport des Mineralöls. Schon jetzt klar, daß ein Abtransport des kaukasischen Mineralöls nach dem Westen in E.K.W. unmöglich ist, kann hier nur der Seeweg über das Schwarze Meer via Odessa in Frage kommen. Hierzu müssen genügend Tankdampfer zur Verfügung stehen und Odessa muß erst zu einem Mineralöl-Umschlagshafen ausgebaut werden.

Diese Überlegungen zeigen die ungeheuren Schwierigkeiten, die selbst dann noch zu überwinden wären, wenn wir einmal in den Besitz der kaukasischen Ölfelder kommen sollten.

Eins aber sicher: ohne das russ. Öl können wir selbst den geringen in unserer Hand befindlichen Raum bei weitem nicht vollkommen ausnutzen. Aber vor allem: ohne das russ. Öl muß die deutsche Kriegführung von jetzt ab in ständig zunehmendem Maße erlahmen.

Menschenversorgung:

Deutschland trat im Sept. 1939 in den Krieg mit einer bereits Nasserst angespannten Arbeits-Einsatz-Lage. Für 1939 wurde der Gesamtfehlbedarf an Arbeitskräften bereits auf rund 1 Million geschätzt. Ganz besondere Schwierigkeiten bereitete die Versorgung mit Facharbeitern.

Im Verlaufe des Krieges hat sich die Deckung des Facharbeiterbedarfs der Rüstungsindustrie als das schwierigste Problem der ges. Kriegswirtschaft herausgestellt.

Gründe: Infolge der ständigen Ausweitung der Kriegsschauplätze besonders starke Wehrmacht notwendig.

Auf der anderen Seite aus dem ungeheuren Materialbedarf einer auf das Höchste motorisierten und mechanisierten Wehrmacht.

Die Ersatzverhältnisse der Truppe zunächst insofern schlecht, als in erster Linie nur auf die 5 Jahrgänge 1914-1918 als modern ausgebildete Reserven zurückgegriffen werden konnte.

Somit ergaben sich 2 Hauptaufgabengebiete: Auf der einen Seite der Menschenausgleich zwischen Truppe und Kriegswirtschaft in der Heimat und auf der anderen Seite der Arbeitseinsatz in der Kriegswirtschaft.

Bei Kriegsausbruch hatte man große Erwartungen auf die Mobilisierung der Frauen-Reserven gesetzt, die auf 3.5 Mill.

geschützt wurde. Diese Reserve konnte bisher nicht mobilisiert werden, einmal weil ein großer Teil nicht einsatzfähig ist, dann auch, weil es vielfach an der Einsatzbereitschaft mangelte, was bei den Frauen von Einberufenen im wesentlichen auf die relativ hohe Familienunterstützung einerseits und auf die Abgabe von der Familienunterstützung im Falle eines Arbeitsverdienstes der Frau andererseits zurückzuführen war. Trotz aller Maßnahmen sind in der Wirtschaft 280 000 deutsche Frauen weniger tätig als bei Kriegsausbruch.

Wesentliche Entlastung durch den Einsatz von Ausländern und Kriegsgefangenen.

An Ausländern Ende 1941 über 2 Mill. in der deutschen Wirtschaft tätig, die sich auf 27 Nationalitäten verteilt. Leistung der Ausländer aber erheblich unter der der deutschen Arbeiter. Als gleichwertig gelten nur Franzosen und Belgier.

An Kriegsgefangenen waren Ende April 1941 etwa 1.4 Mill. in der deutschen Wirtschaft eingesetzt.

Alle diese Maßnahmen haben wohl wesentliche Entlastung gebracht, jedoch nicht ausgereicht, den Kräftebedarf der Industrie für die Durchführung der großen Rüstungsprogramme zu decken. Ende 1941 betrug die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte in Deutschland 23 Mill. gegenüber 24 Mill. vor Kriegsausbruch.

Hinzu kommt ein stetiger Leistungsrückgang.

Zu Beginn des Jahres 1942 folgendes Bild:

Der in der kriegswichtigen Industrie bestehende Fehlbedarf von 500 000 Mann erhöht sich um die Zahl der ab Januar erfolgten Einberufungen.

Um den Fehlbedarf zu decken, soll der Russeneinsatz durch Kriegsgefangene und zivile Arbeiter sowie Ausländerheranziehung aus den besetzten Gebieten gesteigert werden.

Hierdurch aber weitere schwere Belastung der deutschen Ernährungslage.

Das Menschenproblem steht daher noch z.Zt. an der Spitze der Probleme der deutschen Rüstungswirtschaft. Da die vorgesehenen Maßnahmen nur Teilerfolge sein können, wird im ersten Halbjahr 1942 mit einem erheblichen Abfall der Rüstungsfertigung gerechnet werden müssen. Im weiteren Verlauf des Jahres 1942 und vor allem 1943 wird jedoch das Menschenproblem allmählich gegenüber dem Ernährungs- und Rohstoffproblem zurück-

treten.

Transportwesen:

Transportsystem wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Kriegsführung. Einmal die Truppentransporte, dann Nachschubbedarf, vor allem die riesigen Entfernungen, der stark gestiegene Transportbedarf für die Versorgung der Zivilbevölkerung.

Hauptbedeutung beim Transport kommt der Eisenbahn zu, auf die etwa 80% aller Transporte entfallen.

Der Krieg gegen Rußland brachte neue, ausserordentliche schwierige Aufgaben auf dem Transportgebiet. Da die Russen den größten Teil ihrer Lokomotiven und Waggons zurückgeführt haben, sind wir gezwungen worden, die russ. Hauptstrecken auf Normalspur umzunageln. Hieraus ergab sich die Notwendigkeit, eine hohe Zahl von Lokomotiven und Waggons sowie Bahnpersonal für die besetzten Ostgebiete zur Verfügung zu stellen. Hierdurch eine neue, ungeheure Belastung der schon allgemein schwierigen Transportlage. Der Neubau von Lokomotiven und Waggons kann kaum eine Entlastung bringen, da er in der Hauptsache nur den laufenden Verschleiß deckt.

So entwickelte sich mit dem immer weiteren Vorrücken nach Osten eine ausgesprochene Eisenbahn-Transportkrise, zu der noch die ungeheuren Schwierigkeiten im Lkw-Transport traten. Daraus ergaben sich wiederum kaum noch zu bewältigende Nachschubschwierigkeiten, die teilweise die milit. Operationen stark hemmten. Das Nachschub-Problem ^{hat} entscheidenden Anteil daran, daß es uns nicht gelungen ist, die Russen nach Beginn des Winters entscheidend zu schlagen.

Zwangsläufig müssen die Nachschubversorgung im Osten wie auch die gesamtdeutsche Transportlage mit jedem weiteren Vorrücken immer schwieriger werden.

Im Winter 1941/42 hat sich die Transportlage auch durch die hohen Anforderungen weiter stark zugespitzt. Ende Febr. 1942 lagen etwa 180 wichtige Rüstungsbetriebe wegen Kohlen und Energiemangels gänzlich still.

Bei der Reichsbahn steht das Lokomotiven-Problem im Vordergrund. Von insgesamt 30 000 Lokomotiven sind 5 000 im Osten eingesetzt und 5 000 in Reparatur. Demgegenüber verfügt S.B.

England allein im Mutterland über 40 000 Lokomotiven. Die Folge dieser Lokom. ist, daß die tägl. Wagengestellung von 150 000 auf 100 000 zurückgegangen ist, daß also nur 2/3 des Waggenbestandes bewegt werden können. Die Lokomotivenschäden im Osten sind besonders auf die hohen Kältegrade, denen unsere Lokomotiven nicht angepaßt sind, zurückzuführen.

Auf die Binnenschifffahrt sind im Frieden etwa 17% der transport. Güter entfallen. Ihr Nachteil ist, daß sie während des Winters teilweise ausfällt. Auch sie ist durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen, weil sehr viele Schiffer zur Wehrmacht einberufen und auch zahlreiche Schiffe für militärische Zwecke beschlagnahmt sind.

Die Seeschifffahrt spielt infolge der brit. Seehockade nur eine verhältnismäßig geringe Rolle.

Bei den Lastkraftwagen erreichten die Einberufungen zur Wehrmacht etwa 70% des Gesamtbestandes. Die Folge ist, daß die Wirtschaft und Rüstungsindustrie ständig unter einem außerordentlichen Mangel an Lkw leiden. Lage verschärft durch den hohen Anfall an Lkw im Osten - von den im Osten eingesetzten 600 000 Kraftfahrzeugen bisher weit über die Hälfte ausgefallen - sowie dadurch, daß das Lkw - Kriegsprogramm nicht in der Lage ist, den anfallenden Bedarf zu decken.

Der Russenfeldzug hat bewiesen, welche ungeheure Bedeutung gerade im techn. Krieg einem gut aufgebauten Transportapparat zukommt.

Der Ausbau des Transportapparates ist genau so wichtig wie der Ausbau der Rüstung selbst. Dies im ganzen bisherigen Verlauf des Krieges von der Führung nicht genügend erkannt worden. Man kümmerte sich dort in erster Linie immer nur um die Deckung des unmittelbaren Kriegsbedarfs. Es mußte erst zu dem Zusammenbruch der gesamten Nachschub-Organisation im Osten kommen, bis man dort die Notwendigkeit einer Gleichstellung des Transportwesens mit der Rüstung selbst erkannte.

Wehrwirtschaftlich bedingte Mängel in der
Fertigung wichtiger Kriegsgeräte, die die operative
Kriegführung beeinträchtigen.

Im ganzen bisherigen Krieg hatte die Rüstung mit zahlreichen Mängeln und Reibungen zu kämpfen, die sich hemmend auf die Fertigung auswirkten. Dies ist jedoch eine Erscheinung, die zu allen Zeiten und bei allen kriegführenden Staaten zu finden sein wird, und ist daher nicht weiter schwer zu nehmen. Ernster ist aber zu beurteilen, wenn durch wehrwirtschaftlich bedingte Mängel in der Fertigung wichtiger Kriegsgeräte die operative Kriegführung, wie es in Deutschland bereits auf verschiedenen Gebieten, teils mehr, teils weniger der Fall ist. Die Gründe hierfür liegen bei allen 3 Wehrmachtteilen in dem ungenügenden Vorhandensein von Arbeitskräften, Fertigungskapazitäten und Rohstoffen, insbesondere N.E.-Metalle.

Meeresgerät :

Infolge Mangels an N.E.-Metallen ist es nicht möglich, das Programm der schnellen Truppen sowie das Pak-Programm zu erfüllen. Das Programm der schnellen Truppen besteht darin, nicht nur die riesigen Verluste PzW. und Lkw in Rußland durch Feindeinwirkung und Verschleiß zu decken, sondern darüber hinaus die Zahl der Panzerdivisionen auf 30, die der motorisierten Divisionen auf 15 zu erhöhen. Dies ist auch nicht im entferntesten möglich. Statt 10 neuer Panzerdivisionen können bis zum Sommer 1942 höchstens 3 aufgestellt werden. Außerdem können die bestehenden Panzerdivisionen nicht voll aufgefüllt werden.

Desgl. nicht möglich, bis zum Sommer die geforderte Zahl von schweren Pak bereitzustellen, die allein gegen die schweren russ. Panzer aufkommen können. Der Nachteil der z.Zt. bei der Panzerabwehr als Aushilfsmittel benutzten Flak besteht darin, daß sie zu schwer und unbeweglich, zu hoch und zu sichtbar ist und außerdem andere Aufgaben als die Panzerabwehr hat. Bei der Entwicklung der panzerbrechenden Waffen macht sich in zunehmendem Maße der Wolfram-Mangel bemerkbar. Diese Lage kann schwerwiegende Auswirkungen auf die kommenden Sommeroperationen in Rußland haben angesichts der Überlegenheit der Russen in der Fertigung der Panzerwaffe. Die Russen stellen z.Zt. 900 PzW. (geschätzt) im Monat her, während wir bei 500 liegen und kaum in der Lage sein werden, diese Zahl wesentlich zu steigern.

Durch eine ungenügende Ausstattung der Truppe mit Kfz. ist die operative Kriegführung bisher noch nicht beeinträchtigt worden. Die Bewegungen der Truppe voran sowie ihr Nachschub wurden aber - abgesehen von anderen Gründen - zu unzureichendem Kfz.-Ersatzteile-Nachschub auf Grund der Transportschwierigkeiten stark gehemmt. Ein großer Teil der Pkw. fiel allein deswegen aus, weil keine Ersatzteile zur Hand waren. Erschwerend hierbei die außerordentlich hohe Zahl von Kraftfahrtypen, die naturgemäß auch große Verschiedenartigkeit in den Ersatzteilen zur Folge hat. Die Russen haben es hierbei viel leichter, da sie nur ganz wenige Typen haben. Angesichts des hohen Verschleißes im Osten kommt für die weitere Kriegführung einer ausreichenden Ersatzteilerfertigung in der Heimat neben der Frage ihres Nachschubes zur Front entscheidende Bedeutung zu.

Ferner hat sich herausgestellt, daß die leichten russ. 1 1/2 te Kkw für die russischen Wegeverhältnisse viel geeigneter sind als die schweren deutschen 3 und 4 1/2 te Lkw.

Bisher ist es bei weitem nicht möglich gewesen, den im Ostfeldzug eingetretenen Ausfall an Kfz. durch Neufertigung auszugleichen. Zusätzliche Schwierigkeiten entstehen dadurch, daß nicht alle fertiggestellten Kfz. bereift werden können. Die bisherige Kfz.-Erzeugung liegt 20% höher als die Bereifungsmöglichkeiten.

Auf dem Gebiet der Kfz.-Erzeugung hat sich als ein wichtiger Mangel erwiesen, daß wir zu viel kleine Fabriken haben, wodurch die Fertigung nicht rationell erfolgen kann. Welcher Nachteil hier vor allem gegenüber USA besteht, wird durch folgenden Vergleich illustriert:

1939 wurden in USA 5 000 000 Kfz in 10 - 12 Fabriken, in Deutschland dagegen 400 000 Kfz. in mehr als 40 Fabriken hergestellt.

Luftwaffengerät:

Die beabsichtigte Verdoppelung des Flugzeugbestandes ist nicht durchführbar auf Grund des ungenügenden Vorhandenseins von Arbeitskräften, Fertigungskapazitäten und Rohstoffen, insbesondere Kupfer und Aluminium. Die Luftwaffe fordert bei Verdoppelung des Flugzeugbestandes für das I. Quartal 1942 12 000 te Kupfer monatlich, kann aber z.B. für Januar 1942 nur 3200 te bekommen.

Allerdings wirkt sich in der Flugzeugproduktion eine Herabsetzung der Rohstoffzuteilung immer erst etwa 9 - 12 Monate später in der Zahl der fertiggestellten Flugzeuge aus.

Die monatliche Produktion an Frontflugzeugen ist bereits von ihrem Höhepunkt im Jahre 1941 von 1100 Stk. auf 900 Stk. im Dez. 1941 und weiter auf 810 Stk. im Januar 1942 abgesunken. Die Produktion wird im Verlauf des Jahres 1942 schon auf Grund der absinkenden Rohstoffzuteilung weiter zurückgehen, wenn man sich nicht entschließt, das in Konkurrenz zum Flugzeugprogramm stehende Flak-Programm zu drosseln. Dem steht vorläufig die Forderung des Führers gegenüber, das Flakprogramm ohne Einschränkung durchzuführen. Diese Forderung beruht vor allem auf der Befürchtung, daß in absehbarer Zeit schwere Luftangriffe der Engländer und Amerikaner erfolgen.

Die ungünstige Entwicklung der Flugzeugproduktion ist besonders ernst zu beurteilen, angesichts des starken Verschleißes der Flugzeuge durch den intensiven Einsatz auf vielen Kriegsschauplätzen und die damit stark erhöhten Einsatzzeiten. Hinzutritt die ungünstige Reparaturlage, da Flugzeug-Motoren einen großen Engpass darstellen. Wegen Mangels an Motoren ist eine große Zahl von Frontflugzeugen nicht einsatzfähig.

Die Auswirkungen des Absinkens der Flugzeugproduktion auf die weitere operative Kriegführung werden besonders deutlich, wenn man sich die Flugzeugproduktion der Gegner vor Augen hält. Die Russen stellen z.Zt. 550 Frontflugzeuge im Monat her und werden diese Zahl im Verlauf des Jahres 1942 wohl auf 720 steigern können (geschätzt). Die Engländer liegen z.Zt. bei einer Monatsproduktion von 1000 Frontflugzeugen, allerdings mit Hilfe amerikanischer Zu- und Unterlieferungen. Die Amerikaner sollen im Laufe des Jahres 1942 auf eine Monatsproduktion von 2000 Flugzeugen (Front) kommen, das wären insgesamt etwa 3700 Flugzeuge monatlich gegenüber etwa 800 deutschen.

Infolge des in jedem Kriege üblichen Wettstreites der Luftwaffen um die besten Typen mußten auch bei uns ständig neue Typen herausgebracht werden. Dies stört den Serienbau und verlangsamt die Produktion. Die damit ebenfalls verbundene ständige Änderung der Ersatzteile stört wiederum die Durchführung von Reparaturen.

Aus den gleichen Gründen ist auch beim Flak-Programm die Durchführung in dem durch die Kriegslage gebotenen Ausmaß nicht möglich. Aus Mangel an Arbeitskräften, Fertigungskapazitäten und vor allem Rohstoffen, wie Kupfer, Aluminium, Chrom, Wolfram kann den gefährdeten Gebieten nicht ausreichender Flak-schutz gegeben werden. Angesichts des nicht genügenden Vorkommens von Geschützen und insbesondere Feuerleitgeräten können nur die wichtigsten gefährdeten Zonen geschützt werden. Die geplante Umstellung der Feuerleitgeräte von Leichtmetall auf Stahl stößt auf die allergrößten Schwierigkeiten, da hierfür andere Herstellungsmaschinen erforderlich sind, also der ganze Maschinenpark erneuert werden müßte. Außerdem würde durch die Umstellung viel Zeit verloren gehen, sodaß die Luftwaffe diese Umstellung bisher abgelehnt hat.

Wegen des Mangels von Feuerleitgeräten ist man gezwungen, 6 statt wie bisher 4 Flakgeschütze auf ein Feuerleitgerät zu schalten, wodurch die Treffsicherheit leidet.

Da die Flugzeuge sich heute in immer größeren Höhen bewegen, wird es notwendig, auch höher als bisher schießende Flak zu bauen. Dies kaum durchführbar, daher bei längerer Kriegsdauer schwerwiegende Auswirkungen zu befürchten.

Kriegsmarinegerät :

Die Mangellagen auf den verschiedenen Gebieten haben auch die Rüstung der Kriegsmarine gehemmt.

Auf Grund des Mangels an Arbeitskräften einerseits, sowie der Steigerung der U-Boot-Reparaturen mußte neuerdings der U-Boot-Neubau bereits etwas zurückgestellt werden.

Die Einsatzfähigkeit der U-Boote hat gelitten infolge der verstärkten Umstellung von Kupfer und Messing auf Aluminium und Stahl.

Der Minenkrieg ist auf Grund des Mangels an Rohstoffen (Eisen) sowie an Kapazitäten für die Herstellung der Hohlgefäße und Zündapparate nicht so zu führen, wie es militärisch notwendig wäre.

Die Bedeutung der Lufttorpedos ist bei uns zu spät erkannt worden. Es fehlt vor allem an genügend technischen Erfahrungen in der Fertigung. Es sind daher Lufttorpede-Aufträge nach Italien verlagert worden, da dort bereits größere Erfahrungen vorhanden.

Munition :

Auf Grund der starken Steigerung der Munitionsfertigung ist bisher niemals Munitionsmangel eingetreten, wenn auch hier auf Grund der verschiedenen Mangellagen zahlreiche Schwierigkeiten.

Überhaupt bietet die Beschaffung von Munition weit weniger Schwierigkeiten als die Beschaffung von Gerät, insbesondere von Großgerät, denn die Munitionsfertigung läßt sich verhältnismäßig schnell ankurbeln.

Die Russische Kriegsgerätefertigung im Vergleich zur deutschen.

Hier die Feststellungen interessant, die beim russ. Kriegsgerät sowie bei dem in unserem Besitz gelangten russ. Rüstungsfabriken gemacht wurden.

Diese Betriebe arbeiten mit einer hohen techn. Ausstattung sehr rationell, sodaß vielfach weit größere Mengen an Kriegsgerät hergestellt werden konnten, als es in den deutschen Rüstungsbetrieben der Fall. Die russ. Rüstungsproduktion vollzieht sich in Spezialbetrieben unter Verwendung amerikanischer Fließbandmethoden bei möglichst sparsamen Arbeitseinsatz. Das russ. Rüstungsmaterial ist denkbar einfach konstruiert, primitiv, aber dauerhaft und leicht zu bedienen.

In Deutschland haben sich dagegen Produktionsmethoden entwickelt, die zur Anfertigung immer komplizierteren Rüstungsmaterials geführt haben. Der Krieg gegen Rußland hat bewiesen, daß nur einfaches Material, das leicht zu zerlegen und zu bedienen ist, zum Erfolge führt. Die deutschen MG frieren bei starker Kälte ein, die Lkw versagen, während das von den Russen verwendete Kriegsmaterial auch bei größter Kälte reibungslos arbeitet. Nach einer Weisung des Führers soll jetzt nur noch Kriegsmaterial einfacherer Konstruktion unter Verzicht auf jegliche Präzisionsteile hergestellt werden.

Auswirkungen der brit. Fliegerangriffe .

Die brit. Fliegerangriffe richteten sich im bisherigen Verlauf des Krieges in der Hauptsache gegen das westdeutsche Industriegebiet und das nordwestdeutsche Küstengebiet. Vielfach wurden Verkehrs-, Versorgungs- sowie auch wichtige Industrieanlagen getroffen. In den meisten Fällen konnten jedoch

die Schäden in kurzer Zeit wieder beseitigt werden, sodaß die Rüstungsfertigung nur selten auf längere Zeit unterbrochen wurde. Insgesamt waren bisher die durch Bombenabwürfe eingetretenen webrwirtschaftlichen Schäden nur gering.

Erheblich stärker ist dagegen die Zivilbevölkerung getroffen worden. Einmal direkt durch Verluste an Toten und Verletzten sowie durch die Zerstörungen an Wohnhäusern. Seit Kriegsbeginn bis Ende 1941 sind im Reich durch feindliche Fliegerangriffe insgesamt 8 070 Zivilpersonen getötet worden. Sodann indirekt durch die häufigen Nachalarms in den betroffenen Gebieten, die zu starken Ermüdungserscheinungen und Rückgängen der Arbeitsleistung bei der werktätigen Bevölkerung und damit bereits zu erheblichen Ausfällen in der Rüstungsfertigung geführt haben.

Auf Grund der Erfahrungen hat man feststellen können, daß die seelische Widerstandskraft der deutschen Stadtbevölkerung gegen ständige Bombenangriffe nicht groß ist. Wenn die Engländer weiter in der Lage sind, ihre Droßangriffe auf einzelne Städte etwa wochenlang Nacht für Nacht zu wiederholen, so wären die Folgen unabsehbar gewesen.

Die neuere Entwicklung im Jahre 1942 (Lübeck, Rostock, Köln, Emden, Duisburg etc.) zeigt, welche Gefahren offensichtlich für die weitere Kriegsentwicklung entstehen.

Ein wichtiger Mangel des bisherigen brit. Lufteinsatzes, der uns sowohl für unsere Rüstung wie für die Zivilbevölkerung zugute gekommen ist, daß er seine Angriffe nur selten auf einzelne Ziele konzentrierte, sondern meistens wechselte und dabei verzettelte. Geradezu erstaunlich ist es, daß die Engländer anscheinend die Bedeutung des wichtigsten deutschen Engpasses, des Treibstoffes, für ihre Luftangriffe nicht richtig erkannt haben.

Insam sehr bewährt haben sich die Scheinanlagen. Im Durchschnitt sind etwa 10 bis 20% der Bomben auf diese gefallen.

Wirtschaftliche Ausnutzung des europäischen Raumes .

Die verstärkte wirtschaftliche Ausnutzung des europäischen Raumes für die deutsche Kriegsführung stellt das einzige Abwehrmittel gegen die brit. Überseeblockade dar. Sie wird jedoch durch eine ganze Reihe Faktoren ungünstig beeinflusst.

Auf dem Gebiet der rüstungswichtigen Rohstoffe hat die Natur enge Grenzen gesetzt, da der europäische Raum einschl. der bisher besetzten russ. Gebiete arm an derartigen Rohstoffvorkommen ist.

Was die Nahrungsmittel anbetrifft, so sind eine ganze Anzahl europäischer Länder Zuschußgebiete. In den Überschußländern insbes. in Südosteuropa, sind die für Deutschland zur Verfügung stehenden Getreide- und Viehausfuhrn infolge ungünstiger Ernten sowie der Kriegseinflüsse geringer als selbst im Frieden. In den besetzten russ. Gebieten sind die Überschüsse vorläufig minimal. Die geplante landwirtschaftliche Ausnützung wird entscheidend gehemmt durch den Mangel an Transportmittel, Treibstoff sowie den Grund des Partisanenkrieges notwendigen Sicherungstruppen. So sind kürzlich tausend nach der Ukraine gesandte Traktoren mangels Einsatzmöglichkeiten wieder zurückgekommen.

Besonders stark hat sich der Südost-Feldzug, durch das Wiederaufflammen des Krieges in Serbien als eine schwere wirtschaftliche Schädigung der deutschen Kriegführung erwiesen.

Es ergibt sich die Tatsache, daß Deutschland sowohl auf dem Gebiet der Rohstoffe wie der Nahrungsmittel eine ganze Reihe europäischer Länder, die im Frieden von Übersee versorgt wurden, von sich aus, zumindest notdürftig versorgen muß. Eine Notwendigkeit in allen Ländern, deren Industrien für die deutsche Rüstung arbeiten. Für eine Reihe von Programmen, die im besetzten Rußland durchzuführen sind, müssen die Rohstoffe vom Reich aus zur Verfügung gestellt werden. Die Kohlenversorgungslage behindert ständig zunehmend die an sich schon beschränkte Ausnützung der besetzten russ. Gebiete.

Aus Gründen des zunehmenden Mangels an Rohstoffen und sonstigen Betriebsmitteln wie Kohle, Energie, Treibstoff etc. sowie an Nahrungsmitteln werden von jetzt ab die Möglichkeiten, die Industrie in den europäischen Ländern für die deutsche Rüstung einzusetzen, immer geringer werden. Damit können auch die Pläne, die deutsche Rüstung insbesondere die Flugzeugproduktion durch Einsatz der gesamten europäischen Rüstungskapazitäten hochzubringen, nicht verwirklicht werden.

Auf Grund seiner eigenen aufs höchste angespannten Ernährungslage ist Deutschland nicht fähig, ausreichende Rationssätze in den verschiedenen Zuschußgebieten sicherzustellen.

Man muß sich darüber klar sein, daß man diese Gebiete nicht hungern lassen und sie gleichzeitig in den Dienst der deutschen Kriegsführung stellen kann. Im übrigen wächst durch die mangelnde Ernährung die absolut feindliche Einstellung der meisten europäischen Nationen gegen Deutschland.

Auf Grund der zunehmenden Vorratserschöpfung und der Auswirkung der brit. Blockade in den europäischen Ländern werden auch die Einfuhren Deutschlands aus dem europ. Raum im weiteren Verlauf des Krieges ebenfalls ständig absinken.

Ist der europäische Raum blockadefest ?

Da Deutschland weder in der Lage ist, die brit. Überseeblockade zu durchbrechen, noch England militärisch zu besiegen, ist die entscheidende Frage der deutschen Kriegsführung, ob der Deutschland jetzt zur Verfügung stehende europäische Raum autark, also blockadefest, ist.

Wie bereits dargelegt, ist dies sowohl bei den Nahrungsmitteln wie bei den Rohstoffen bei weitem nicht der Fall.

Auf Grund der Lage der Nahrungsmittel-Versorgung ist es unausbleiblich, daß im Verlauf des Krieges in Deutschland und den anderen europäischen Zuschußländern, die jetzt schon an physischen Existenzminimum liegenden Rationssätze ständig weiter herabgesetzt werden müssen. In den meisten europäischen Ländern, hauptsächlich in den Städten, mut sich hieraus eine ausgesprochene Hungersnot entwickeln. Die Geschichte zeigt, daß eine solche Entwicklung nicht auf unbeschränkte Zeit aufrecht erhalten werden kann. Die von uns bisher besetzten russ. Gebiete werden unter den dargestellten Vorbehalten höchstens bei Getreide eine gewisse Erleichterung bringen können.

Bei den großen Versorgungslücken auf dem Gebiet der Rohstoffe, insbesondere Treibstoff, N.E.- und Stahllegierungsmetallen sowie Kautschuk, wird die deutsche Kriegsführung von jetzt ab zunehmend gelähmt werden, während die amerikanische Rüstung von Monat zu Monat stärker anläuft. Ebenso würde sich infolge des Mangels an Textilien und Leder eine zunehmende Entblößung der Bevölkerung von Bekleidung und Schuhwerk ergeben.

Eine wesentliche Entlastung könnte nur durch die Verfügung über den russ. Raum bis hinter den Ural erreicht werden.

Aber selbst dann würde das Problem der mangelnden Autarkie des europäischen Raumes, das Kernproblem der deutschen Kriegführung, noch nicht vollständig beseitigt werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß alle bisher vorliegenden Anzeichen zwingend darauf hinweisen, daß Deutschland und der europäische Raum ohne die Verfügung über ganz Rußland einen langen Krieg wirtschaftlich unter keinen Umständen durchhalten kann.

Die Schaffung eines europäischen Großwirtschaftsraumes ist daher nur eine Illusion. Der amerikanische Kontinent, das brit. Empire, Rußland können lebensfähige Großwirtschaftsräume bilden.

Europa ohne Rußland, ohne Afrika, kann sich niemals zu einem lebensfähigen Großwirtschaftsraum entwickeln, da es nicht autark ist und auch nicht autark werden kann.

Zusammenfassung.

Der s.Zt. von Deutschland beherrschte europäische Raum ist in keiner Weise blockadefest.

Gegenüber dem Weltkrieg 1914-1918 hat sich, in großen gesehen, nichts wesentliches geändert.

Wenn auf einzelnen Gebieten eine größere Selbstversorgung erreicht werden konnte, so ist es auf der anderen Seite die Produktionskraft des europäischen Raumes durch die Kriegsausweitungen auf das Stärkste beeinträchtigt worden. Der Krieg hat die Sinnlosigkeit einer totalen Kriegführung in dem überbevölkerten, hochindustrialisierten und versorgungsmäßig von Übersee abhängigen Europa deutlich gemacht.

Trotz seines großen Rüstungs- und Rüstungsvorsprungs bei Kriegsausbruch und seiner gewaltigen organisatorischen Vorbereitung und beispiellosen militärischen Leistungen, war es Deutschland bisher nicht möglich, die Entscheidung zu erzwingen. Es ist nicht in der Lage, England-Amerika zu besiegen oder die Blockade zu durchbrechen. Deutschland muß also, um den Krieg wirtschaftlich überhaupt weiter durchhalten zu können, Rußland endgültig besiegen und sich in den Besitz des russ. Raumes bis über den Ural hinaus setzen.

Sollte es 1942 nicht gelingen, Rußland endgültig zu schlagen oder wenigstens bis zum Kaukasus und zum Ural zu kommen,

so muß die Kriegslage Deutschlands äußerst ungünstig, wenn nicht hoffnungslos, beurteilt werden. Daß im Jahre 1943 etwa das gelingt, was im Jahre 1942 nicht gelungen ist, ist mehr als unwahrscheinlich. Denn die wirtschaftlichen Faktoren werden sich in ständig zunehmendem Maße zu Ungunsten Deutschlands auswirken.

Wie gezeigt schiebt sich das Ernährungsproblem absolut in den Vordergrund.

Der Rohstoffmangel führt zu einem ständigen Absinken der deutschen Rüstungskraft und damit zu einem zunehmenden Erlahmen der deutschen Kriegführung, während bei den Gegnern das riesige amerikanische Rüstungspotential immer mehr in Erscheinung treten wird.

Die Treibstofflage macht größere Offensiv-Operationen in Osten unmöglich.

Der Zwang, den Transport in den besetzten russ. Gebieten zum größten Teil mit deutschen Lokomotiven und Waggons zu versehen, rückt gerade, wenn der Vormarsch noch weiter gehen sollte, die Gefahr einer ausgesprochenen Transportkatastrophe in immer größere Nähe. Durch diese würde sowohl die militärische wie die wirtschaftliche Kriegführung in gleicher Weise betroffen werden.

Der Überdimensionierung der Kriegführung, bedingt durch die Technisierung der Waffen, durch die Ausweitung der Kriegsschauplätze, stehen die immer schwächer werdenden wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands gegenüber, sodaß das Mißverhältnis zwischen Kriegsbedarf und Deckungsmöglichkeiten immer größer wird. Angesichts dieser Lage wäre eine ständige sorgfältige Anpassung der Kriegführung an die gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten ganz besonders notwendig gewesen. Dies ist jedoch auf Grund der fehlenden Einsicht der Obersten Führung in wirtschaftlichen Dingen bisher nicht geschehen. Sie lehnte es ab, die politischen und militärischen Absichten den wirtschaftlichen Möglichkeiten anzupassen, sondern verlangte umgekehrt, daß die Wirtschaft sich diesen anpassen hätte.

Die Anforderungen für die militär. Kriegführung wie für die Rüstungswirtschaft können jetzt nur noch ausschließlich auf Kosten des zivilen Bedarfs gedeckt werden.

Handwritten notes:
für den
schon ist
nicht
anfang
genötigt

Watermark: Institut für...